

42. REL. III. 2

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

[1988]



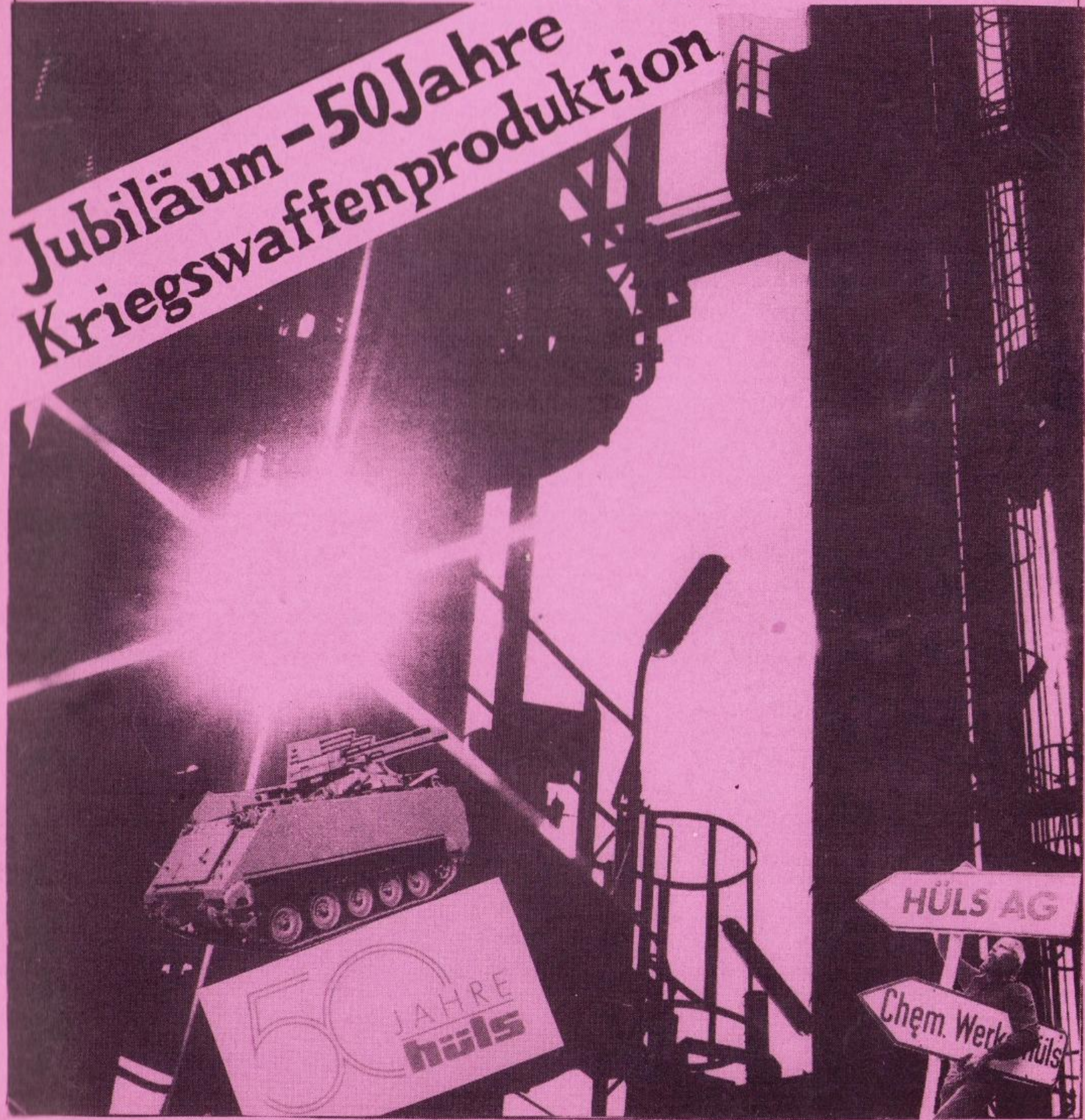
Heft 12

Juni / Juli / August 1988

3. Jahrgang

DM 1,50

Jubiläum - 50 Jahre Kriegswaffenproduktion



IN DIESEM HEFT

50 Jahre Chemische Werke Hüls	4
Kein NPD-Parteitag in Moers	8
Neonazi-Aktivitäten in Schleswig-Holstein	9
Wahlzulassung und Wahlkampf von faschistischen Parteien bei den Landtagswahlen	10
Der Prozeß gegen Sargin und Kutlu	13
Aktionen für das kommunale Wahlrecht	14
Die Änderungspläne zum Ausländerwahlrecht	15
Veranstaltung mit "Carte de Sejour"	17
Spiegel-Interview mit Stuttgarter OB Manfred Rommel	18
Leserbrief, Impressum	19
Blick nach draußen	20
Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in Essen	25
1.Mai in Duisburg-Rheinhausen	26
Folterung und Hinrichtung in den Gefängnissen Kurdistans	27
Treffen der Flüchtlings- und Einwandererinitiativen	28
Resolution gegen die Verfolgung von FEYKA-Kurdisten	29
Gelungene Störaktion?	30
Faschistische Aktionen in Herne nehmen zu!	31
Spendenaufruf	32
Interview mit Haydar Üczan	33
Pinwand	35



Dorsten
-Bioladen "Kuckucksei"

Marl
-Bücherladen
-Die Mühle-Kneipe

Bochum
Akzente-Buchhandlung

Recklinghausen
-Attatroll-Buchladen
-Van-Ahlen-Buchladen
-Sonnenblume-Naturkostl.
-Wurzel-Naturkostl.
-Drübelken-Kneipe
-Grauzone-Kneipe
-Altstadtschmiede
-Grünes Büro

Herten
-Büchereule
-Bioladen

Dortmund
-Geschichtswerkstatt
-Atom-Stop-Büro
-Litfaß-Buchladen
-Cafe Samowar
-Taranta Babu-Buchladen

ANZEIGE



**Briefe
an
die
Redaktion
SIND ERWÜNSCHT !!**

Einleitung

Mag sein, daß einige Leser nicht auf den ersten Blick erkennen mögen, was das Titelbild der vorliegenden Ausgabe mit "Antifaschismus" zu tun hat. Wer aber den Artikel zum Thema **"50 Jahre Chemische Werke Hüls"** liest, wird bald erkennen, daß ein Monopolkonzern wie der IG-Farben-Konzern, dessen Nachfolger die 'Chemischen Werke Hüls' sind, doch einiges mit Faschismus zu tun hatten. In dieser Juni-Ausgabe der **AntiFaZ** ist es uns nicht ganz leicht gefallen, ein Schwerpunktthema auszuwählen - es lagen einige zur Entscheidung vor: Sei es die Eröffnung des **"Jahrhundertprozesses gegen Sargin und Kutlu"** am 8. Juni in Ankara, sei es der Erfolg, daß der NPD-Landesparteitag in Moers am 5. Juni in letzter Instanz gerichtlich verboten worden ist, sei es eine vorläufige **Analyse der Wahlerfolge der neofaschistischen Parteien** bei mehreren Landtagswahlen, die den Trend der neofaschistischen Parteien auf die 5-Prozent-Marke hin erkennen lassen - alles wichtige Themen.

Mit dieser Ausgabe machen wir auch einen weiteren kleinen Schritt in Richtung **AntiFaZ-Ruhrgebiet**: Es bestehen jetzt Kontakte nach Dortmund, Datteln, Castrop-Rauxel, Herne/Wanne-Eickel, Bochum, Dülmen, Oer-Erkenschwick, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen und Duisburg.

Aber immer noch ist die Lage unstabil, ist die Mitarbeit in der **Anti FaZ** durch örtliche Redakteure nur unregelmäßig.

Wir haben uns vorgenommen, zur Vorbereitung der ersten wirklichen **AntiFaZ-Ruhrgebiet** im Herbst eine Redakteurskonferenz mit Interessenten aus dem ganzen Ruhrgebiet durchzuführen.

Ein leidiger Punkt: **Preiserhöhung**. Ab dieser Ausgabe der **AntiFaZ** sehen wir uns leider gezwungen, den Preis der Einzelausgabe auf 1,50 DM zu erhöhen. Das Ende der Leiter ist erreicht, es geht nicht anders.

Zum Schluß noch ein Hinweis zum Erscheinen der Nr. 13 der **AntiFaZ**: Sie wird wegen der Sommerferien erst Anfang September erscheinen.

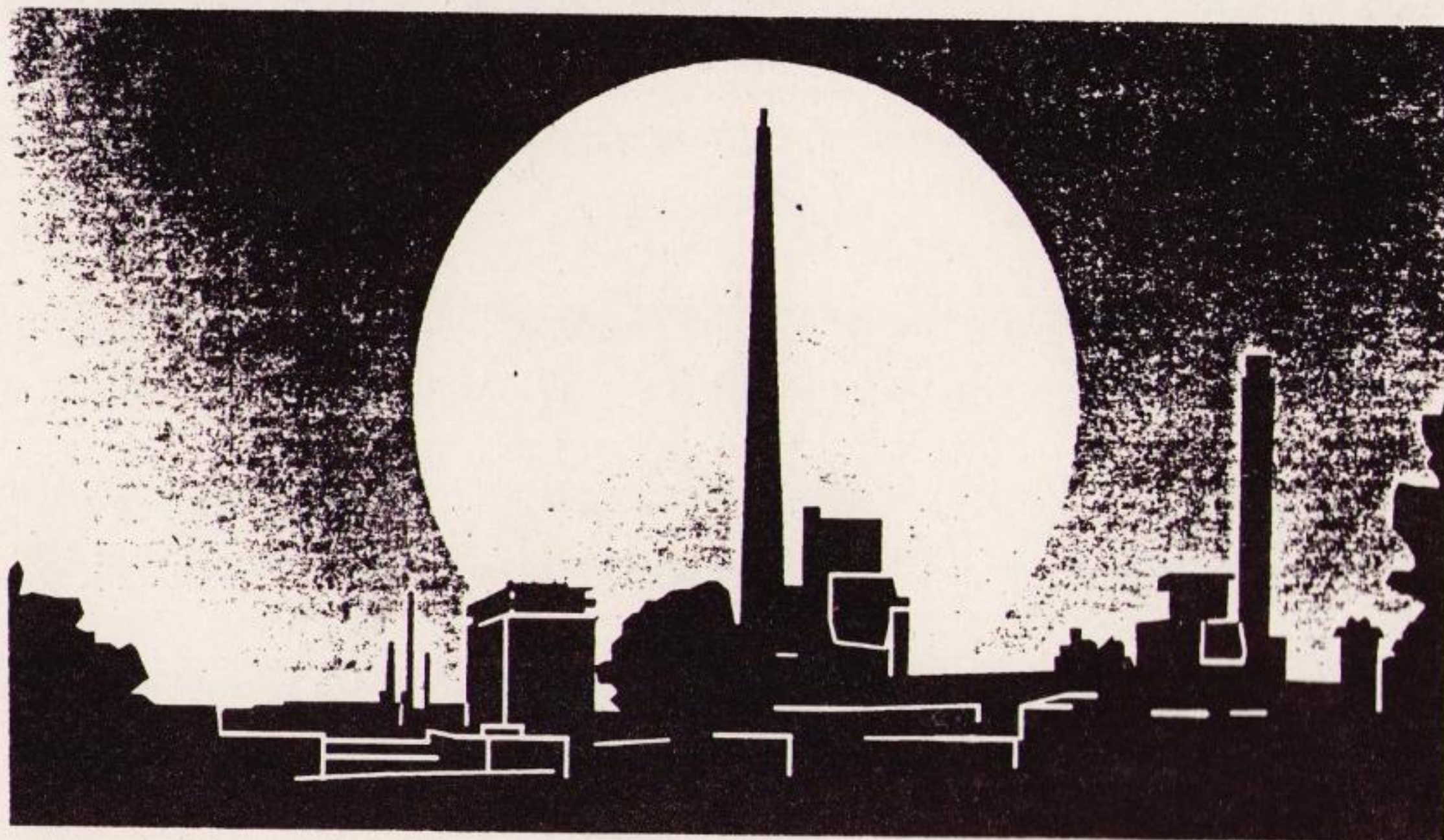
Allen unseren LeserInnen wünschen wir viel Spaß und gute Erholung in den Ferien,

Eure **AntiFaZ**-Redaktion

Wir rufen alle demokratischen und fortschrittlichen und die Menschenrechte verteidigenden Organisationen und Institutionen dazu auf, gegenüber der Situation in den Gefängnissen nicht schweigsam zu bleiben und sich mit dem Widerstand der politischen Gefangenen in den Gefängnissen zu solidarisieren!

1938-1988

50 Jahre CWH - was hat ein
Werksjubiläum mit Faschismus zu
tun?



Marl 1988 - nur wenige m von meiner Wohnung entfernt verläuft der Lipper Weg, eine der Hauptzufahrten zum riesigen Komplex der "Hüls AG", vorm. "Chemische Werke Hüls". Zur rush-hour dichter Kfz- und Radverkehr. Die meisten der zum Tor Strebenden werden, verständlich, an die bevorstehende Schicht denken. Arbeitsplatz (noch), gute Löhne/Gehälter, gut unterhaltene Wohnungen, ausgebautes Netz von Sozialleistungen - was will man mehr? Daß das Werk produziert und seine Waren Absatz finden, ist nicht nur von persönlichem oder familiärem Interesse, sondern auch mitentscheidend für die Zukunft der ganzen Stadt; denn zusammen mit den Zechen der Gewerkschaft Auguste Victoria (AV) stellt der Industriebetrieb den bedeutendsten Lebensquell der Stadt dar. Wohl nur wenige werden, im Jahr des 50jährigen Bestehens, an Vergangenes denken, an die Zeiten des Anfangs, daran, was wann warum produziert wurde und auf welchem Sockel ihr Arbeitsplatz ruht.

Marl ab 1938 - im Mai wird mit den Arbeiten zum Bau eines Buna-Werkes begonnen. Sommer 1940

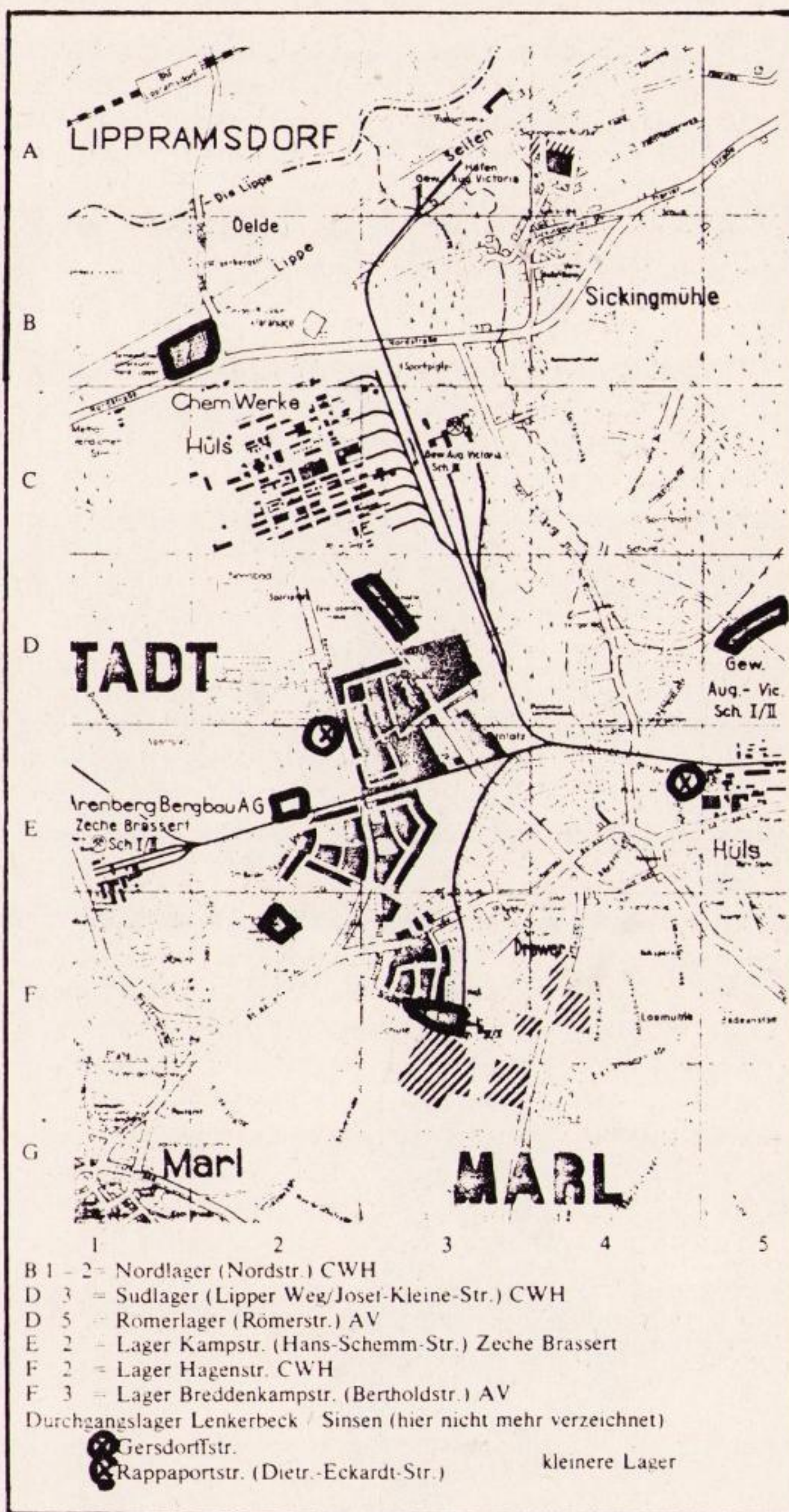
werden die ersten fertigen Produkte ausgeliefert. Buna ist synthetischer Kautschuk, Abnehmer die dt. Wehrmacht. Auch Vor-, Neben- und Abfallprodukte werden von der Kriegsmaschinerie benötigt, die zu diesem Zeitpunkt ja längst "Größeres" plant als die bisher erfolgten Überfälle auf Polen, Westeuropa und Skandinavien. Militärfahrzeuge brauchen Reifen, Bomber Flugbenzin; wer kann produzieren und liefern? Die "IG. Farben", der Zusammenschluß von Bayer, Hoechst, BASF und einigen "Kleineren", viertgrößter Konzern der Welt, dem denn auch die CWH zu fast 3/4 gehören.

Der Standort Marl ist nicht zufällig. Zur Produktion benötigte Stoffe und Energieträger werden in fast unmittelbarer Nähe hergestellt bzw. gewonnen; so befindet sich auch die AV (Steinkohle!) im Besitz der IG. Farben (s.1937). Es gelingt dem Firmenmanagement, den Standort gegen militärische Interessen und Erwägungen durchzusetzen (das Militär hätte das Werk aus strategischen Gründen lieber in Mitteldeutschland gesehen). Dies nicht zuletzt deshalb, weil in

diesem Fall privates Unternehmertum und amtliche Planungs- und Entscheidungsträger personell eng miteinander verknüpft sind. Ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, seien die Namen Krauch und Ambros genannt. So ist auch die Parallelität der äußeren Bedingungen mit dem Hauptwerk der Buna-Produktion in Schkopau nicht verblüffend. Bei Halle in Mitteldeutschland gelegen, war es nur wenige km von anderen IG. Farben-Fabriken entfernt, so z.B. den Leuna-Werken, dessen gesamte Benzin-Produktion vertraglich von der Regierung zu garantierten Preisen abgenommen wurde. Möglich und gefördert wurde dies durch die Autarkie-Bestrebungen des Regimes, die ihre Verankerung im Geist des Nationalsozialismus, ihre Durchführungsrichtlinien im Vierjahresplan von 1936 finden. Seltsamerweise beruhen dessen Forderungen auf Vorschlägen und Planungen, die i.w. von Mitarbeitern und Managern der IG. Farben erarbeitet wurden. So ist der Absatz des in Schkopau und Marl produzierten Buna sicher. Konkurrenz braucht man nicht zu fürchten.

Seit 1938 wird also in Marl mit deutschem, später auch ausländischem Fleiß (s.u.) kräftig kriegswichtiges Material erzeugt. Wie wichtig, zeigt die verschiedentlich vorgebrachte Einschätzung, daß die Zerstörung der Werke in Schkopau und Marl praktisch das Ende des Krieges bedeutet hätte. Folglich waren die CWH häufigen Luftangriffen seitens der Alliierten ausgesetzt, wobei unvermeidlich auch die Stadt selbst getroffen und Bewohner getötet wurden. Die "Werksgeschichtsschreibung" sieht die Bombardements allerdings fast ausschließlich aus wirtschaftlicher Sicht. Produktionsausfall und Reparaturkosten scheinen wichtiger als menschliches Leid und tote Mitarbeiter. Letztere sind nicht nur unter der deutschen Bevölkerung und Belegschaft zu beklagen, sondern auch

unter den "fremdländischen" Arbeitern: Frauen und Männer ab 16 Jahren, Angeworbene, Freiwillige, Kriegsgefangene, Deportierte und Häftlinge. Dabei werden, entsprechend der NS-Ideologie, klare Grenzen zwischen den



Angehörigen der unterschiedlichen Nationen gezogen. Die IG. Farben geben der Werksleitung der CWH wie auch der AV Richtlinien für die Behandlung und den beruflichen und privaten Umgang mit diesen Menschen vor. Konsequenterweise werden so die aus den "Ostgebieten" Stammenden mehr

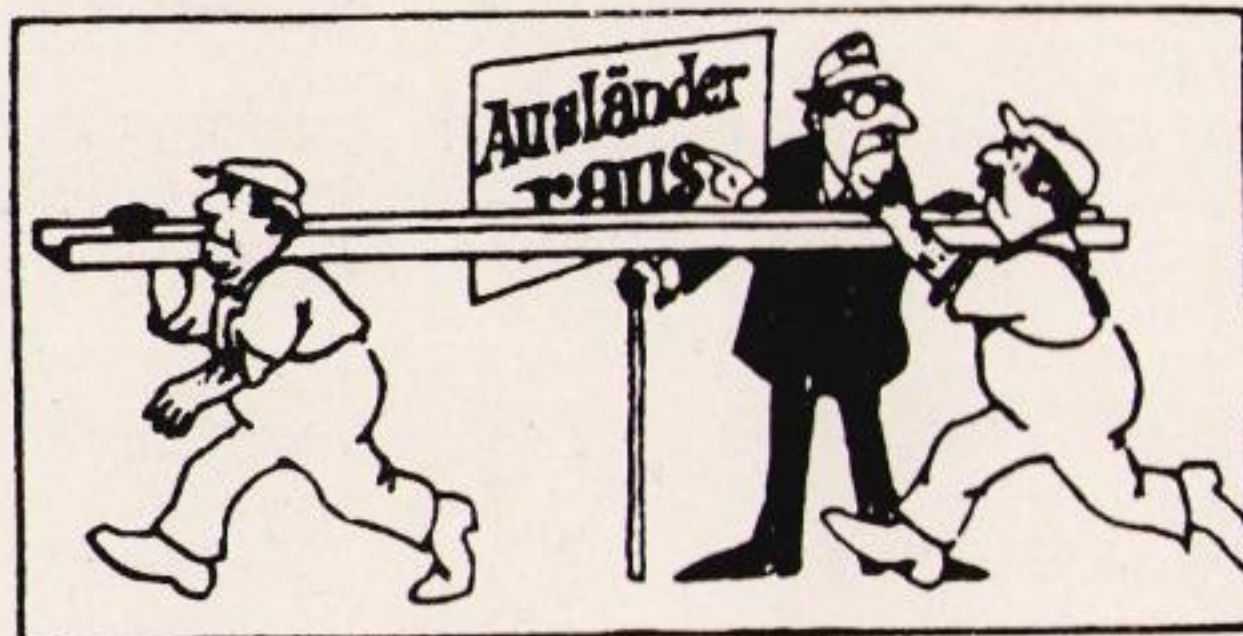
oder weniger als Massenverbrauchs-
gut betrachtet. Unter-
bringung, Ernährungslage, Ar-
beitsbedingungen und Gesund-
heitszustand, besonders der Po-
len und Russen, sind denkbar
schlecht. Ohne verdeckte Unter-
stützung durch die Zivilbevölke-
rung (Lebensmittel, Kleidung)
wäre die Zahl der umgekommenen
ausländischen Arbeitskräfte ver-
mutlich noch höher gewesen als
247 (Sept. '42 - März '45; davon
94 in der chemischen Industrie,
111 im Bergbau).

Wurden die Verantwortlichen zur
Rechenschaft gezogen? Zwar wur-
den 13 IG. Farben-Vertreter in
den Nürnberger Prozessen verur-
teilt wegen "Teilnahme an der
Ausraubung besetzter Länder,
Teilnahme an der Versklavung der
Zivilbevölkerung besetzter Län-
der, Einbeziehung dieser zur
Zwangsarbeit, Teilnahme an der
Versklavung von KZ-Insassen,
Heranziehung von Kriegsgefange-
nen zur Zwangsarbeit, Mißhand-
lung, Einschüchterung, Folterung
und Ermordung von versklavten
Menschen"; doch saßen eine Reihe
der deswegen Verurteilten be-
reits seit etwa 1950/51 wieder
in Aufsichtsräten und anderen
höheren Positionen der freien
Marktwirtschaft - mit Billigung
der (westlichen) Siegermächte,
versteht sich! (Sollte dies -
vielleicht - auch auf Vorkriegs-
zeiten zurückreichende Verbin-
dungen deutscher Industrieller
mit ausländischen, bes. US-ame-
rikanischen Firmen und Konzernen
zurückzuführen sein?).



Marl 1988 - wenn auch Auf- und
Verarbeitung dieses Teils der
Geschichte in Marl seit der 40-
Jahr-Feier der CWH erhebliche
Fortschritte gemacht haben, so

darf dennoch einiges Wesentli-
che nicht übersehen werden. Die
Gefahr, technische, bürokrati-
sche und formalistische Ge-
sichtspunkte über humanitäre zu
stellen, besteht für jeden zu
jeder Zeit. Wie die Vergangen-
heit bewies, kann von Staats we-
gen mit Begriffen wie und Inhal-
ten von "Dienst", "Pflichterfül-
lung" und "Gehorsam" die persön-
liche Verantwortung für das ei-
gene Handeln, ja das eigene Den-
ken, ausgeschaltet werden. Fer-
ner wird das Bewußtsein jedes
einzelnen für das, was man ar-
beitet und für wen man arbeitet
durch die allgemeine und persön-
liche wirtschaftliche Lage be-
einflußt; man hat ja immerhin
Arbeit und muß für seine Familie
sorgen. Gerade heute, gerade
jetzt, wird in Marl, wie in an-
deren Städten auch, bei entspre-
chender Gelegenheit auf "die"
Ausländer geschimpft, obwohl man
"ja eigentlich gar nichts gegen
Ausländer hat".



Nicht oder nur unzureichend
bewältigte Vergangenheit im
Zusammenspiel mit der momentanen
Situation macht viele, auch hier
vor meiner Haustür, leider
wieder empfänglich für Sprüche,
Parolen und hohle Phrasen der
Rechtsextremen.

Ich finde es bedenklich, daß in der Beilage zur Marler Zeitung '50 Jahre hül's' zu lesen ist: "Als Teil des unvermeidlich mit dem braunen Zwangsstaat verflochtenen Wirtschaftsimperiums der IG Farben fühlt man sich bei hül's nicht direkt geniert, man sieht auch keinen Grund zu spezifisch Hülser "Vergangenheitsbewältigung"".

Erfolgt die endgültige und aufrichtige Aufarbeitung vielleicht deshalb nicht, weil noch nicht genug Zeit seitdem verfloßen ist, weil sich zu viele Persönlichkeiten des marler Lebens unangenehm berührt und erinnert fühlen könnten (als Schuldige, Beihilfeleistende oder Betroffene)? - Aber, bitte, dies verstehe man nur als Hypothese.

Erhalte ich Besuch aus anderen Städten, so werde ich oft gefragt, was das denn für eigentümliche Steinbauten seien, die den Lipper Weg und andere Straßen in Marl in regelmäßigen Abständen begleiten. Nun, die

alten Luftschutzbunker sind mit normalen Abbruchmethoden nicht zu beseitigen, sie müßten schon gesprengt werden. Vielen wäre das sicher nicht unangenehm: ich finde aber, sie sollen als ständige Zeugen stehen bleiben.

QUELLEN:

BÄCKER, W.: Die Gründungsphase der Chemischen Werke Hül's und ihre retrospektive Interpretation, Bochum 1981

BRACK, Ulrich (Hg.): Herrschaft und Verfolgung - Marl im Nationalsozialismus, 2.Aufl., Essen 1987

KONKRET-Extra "IG Farben"

MARLER ZEITUNG v. 11.05.88, Sonderbeilage "Vom Buna-Werk zur Großchemie: hül's - kleiner Streifzug durch die Unternehmensgeschichte"

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •

Kein NPD-Parteitag in Moers und anderswo!

Wie in den vergangenen Jahren versucht die NPD auch dieses Jahr, einen **Landesparteitag** in NRW durchzuführen - diesmal wurde die Stadt Moers Ziel der NPD. Als Ausweichsort hat sie die Stadt Viersen im Visier.

Trotz Widerspruchs der Stadt Moers hat die NPD vor dem Verwaltungsgericht in erster Instanz erreicht, daß der Parteitag am 5. Juni im Kulturzentrum Moers-Rheinkamp durchgeführt werden kann.....wenn nicht die antifaschistische Bewegung dies verhindert!

In Moers selber hat sich ein Bündnis aus unterschiedlichen Parteien und Organisationen zusammengeschlossen, um den Parteitag zu verhindern. Das Ziel ist, "so lange vor dem Kulturzentrum zu demonstrieren, bis der Parteitag verhindert ist".

Um die Menschen in Moers gegen diesen Parteitag zu mobilisieren, führte das örtliche Aktionsbündnis am 21. Mai eine Demonstration durch, an der etwa 600 Menschen teilnahmen. Auch aus einigen anderen Städten waren AntifaschistInnen zur Unterstützung angereist.

Vor, während und nach der Demonstration wurden mehrere Reden gehalten. So von H. Meyer im Namen der "Landesweiten Konferenz antifaschistischer Organisationen", einem Sprachwissenschaftler von der Uni Duisburg, einem Vertreter des Flüchtlingsrates der Stadt Duisburg, dem Pfarrer einer Justizvollzugsanstalt, Vertretern des örtlichen

Bündnisses und ausländischer Organisationen.

Auch wenn die Veranstalter von einer "mächtigen" Demonstration und einem "breiten" Aktionsbündnis sprachen, scheint es bisher um die Möglichkeit, den Parteitag tatsächlich zu verhindern, eher schlecht bestellt.

So kann wohl nur als Spaltungsversuch angesehen werden, daß der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und Grünen eine Erklärung gegen den NPD-Parteitag verabschiedet, die für den 5. Juni zu einer eigenen Kundgebung in der Moerser Innenstadt aufruft, während das antifaschistische Bündnis mit den Stimmen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zur Verhinderung des Parteitags aufruft und zu diesem Zweck zu einer **Demonstration, die am 5. Juni um 7.00 Uhr ab Jugendzentrum Utford (Friedensstraße/Rathausallee) beginnt und vor dem Rheinkamp-Kulturzentrum endet.**

Daß faschistische Provokationen wie der NPD-Parteitag verhindert werden können, haben im vergangenen Jahr der Widerstand der AntifaschistInnen in **Dortmund** oder in diesem Jahr die große Demonstration der Krupp-Arbeiter am 1. Mai in **Duisburg-Rheinhausen** gegen die angekündigte FAP-Kundgebung gezeigt.

Allerdings lehrt die Erfahrung, daß der Widerstand von uns Antifaschisten und Antifaschistinnen nur erfolgreich organisiert werden kann, wenn er gleichzeitig eine Kritik an der häufig hinhaltenden und halbherzigen Taktik der kommunalen Vertretungsorgane entfal-

tet.

Es muß in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß die NPD eine **faschistische** Partei ist und **illegal**.

Vor allem die Frage der **demokratischen** Rechte muß diskutiert werden - es häufen sich die Stimmen solcher 'Demokraten', die zwar "keine Anhänger der NPD" sein wollen, aber ihr Rechte, "wie jeder anderen demokratischen Kraft" zubilligen.

Diese Position hat auch eine nicht unbeträchtliche Auswirkung in der antifaschistischen Bewegung - man orientiert nicht auf eine kompromißlose Verhinderung des Parteitags, wenn nötig auch gegen der Form nach legale Urteile von Verwaltungsgerichten, wenn nötig auch mit Mitteln wie Besetzung und Blockade eines Versammlungsortes, da diese Mittel ja 'illegal' und unter Strafe gestellt sind.

Angesichts der augenblicklichen Kräfteverhältnisse scheint uns daher am 5. Juni nur eine möglichst weitgehende Behinderung der NPD vor dem Rheinkammer Kulturzentrum sinnvoll, wenig nützlich kann eine einzelkämpferische Auseinandersetzung mit dem geballten Polizeiapparat sein, der, nach allen Erfahrungen, mit größtmöglicher Masse vorhanden sein wird.

Um die Chancen zu vergrößern, müßte in der verbleibenden Zeit auch eine stärkere Unterstützung aus anderen Städten erfolgen. Und zwar mit der Perspektive der Stärkung der Demonstration, die ab 7.00 Uhr am Jugendzentrum Utford beginnt!

UMWELTSCHUTZ IST NATIONALISMUS

Hermann Löns:

Wir brechen die blankte Faust, wir haben das unverhohlene Wort nötig und die rücksichtslose Tat, wollen wir etwas erreichen ...

Michael Kühnen:

"Über die Umweltzerstörung auf die Rassenfrage kommen."

Neonazi-Aktivitäten in Schleswig-Holstein

Im Blickpunkt des nördlichsten Bundeslandes standen die Landtagswahlen vom 8. Mai, zu denen NPD und Republikaner (REP) mit Direktkandidaten in allen 44 Wahlkreisen kandidierten. Da beide unter der 1.5%-Marke blieben, gibt es keine Wahlkampfkostenerstattung. Das ist sicherlich ein Erfolg der antifaschistischen Arbeit in Schleswig-Holstein. Das Thema Neofaschismus war nach der Bremen-, Baden-Württemberg und Frankreich-Wahl auch eines der wenigen Hauptthemen in einem ansonsten "Softie-Wahlkampf".

Weniger softig war da das Auftreten der NPD und REP. Die NPD ging mit Transparentfliegern in die Luft, schickte Lautsprecherwagen aus Bayern (DVU-Wahlhilfe) durch die Lande, versuchte sich mit Bücher- und Infotischen, sowie mit Veranstaltungen in größerer und kleinerer Form, mit einer Postwurfsendung von DVU-Frey und mit Flugblättern, Wahlplakaten und Zeitungsanzeigen. Gezielt wurden dabei die ProtestwählerInnen angesprochen. Insgesamt verpulverte die NPD rund 600 000 Mark im Schleswig-Holstein-Wahlkampf.

Die Fäden im Wahlkampf wurden bei der NPD im Kreis Segeberg, in Henstedt-Ulzburg, in Plön, in Lübeck und im Hamburger Randgebiet gezogen. Hauptorganisator war Hans-Jürgen Sabrautzky (Schenefeld b. Hamburg), ehemaliger ANSler aus Hamburg. Die REP ließ sich mit rund 250 000 Mark ebenfalls nicht lumpen. Die REP hat in Schleswig-Holstein Kräfte aus dem äußerst rechtsextremistischen Lager gebunden (ehemalige Kieler Liste für Ausländerbegrenzung=KLA, Deutscher Landbund, Wiking Jugend). Die REP trat mit Lautsprecherwagen, Flugblättern, Hauswurfsendungen, Stellschildern, Zei-

tungsanzeigen und wenigen Veranstaltungen in Erscheinung. Die Fäden der REP wurden in Lübeck, Kiel und im Kreis Rendsburg-Eckernförde gezogen. Wie bei der NPD waren auch bei der REP bayerische Wahlhelfer im hohen Norden im Einsatz. Gesichtet wurde aber auch ein Fahrzeug aus Solingen. Die NPD brachte es auf 1,25%. Das sind 19 151 Stimmen. Ihre "Hochburgen" hatte sie in Pinneberg, Neumünster, Lauenburg, Segeberg, Dithmarschen und in Lübeck-Mitte. Die REP kam auf 0,6% der Stimmen. Den meisten Zuspruch erfuhr sie in Ostholstein, Lübeck und Lauenburg. Die REP wählten insgesamt 8 653 Menschen.

Fascho-Lautsprecherwagen wurden attackiert, Büchertische abgeräumt, Treffen durch Demonstrationen verhindert, viele Stellschilder wurden überklebt oder gingen zu Bruch, insgesamt eine Bilanz, die sich aus Antifa-Sicht für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein sehen lassen kann. Zudem gab es mehrere gutbesuchte "Rock gegen Rechts"-Veranstaltungen.

Von der Programmatik lagen NPD/DVU und REP nicht weit auseinander. Auch personell tauchten bei den REP ehemalige NPDler auf, bei der NPD ehemalige REPler, sodaß möglicherweise bereits zur Europawahl im März 1989 eine

gemeinsame faschistische "Liste D" kandidieren könnte. Das Machtrennen bei der REP gegen den Bundesvorsitzenden Schönhuber hat Schleswig-Holsteins Spitzenkandidat Prof. Emil Schlee (ex CDU-Rechtsaußen, Landesbediensteter in Hessen und Schleswig-Holstein mit Verdienstkreuz) jedenfalls verloren.

Zu den sonstigen Aktivitäten:

Am 19. März wurde von Hamburg aus ein FAP-Treffen in Heiligenhafen/Ostsee organisiert, was von Antifa-Kräften verhindert wurde.

Anfang April tauchte Michael Kühnen nach einer Demonstration gegen die Hafenstraße in Hamburg anschließend in Bargteheide (Kreis Stomarn) auf.

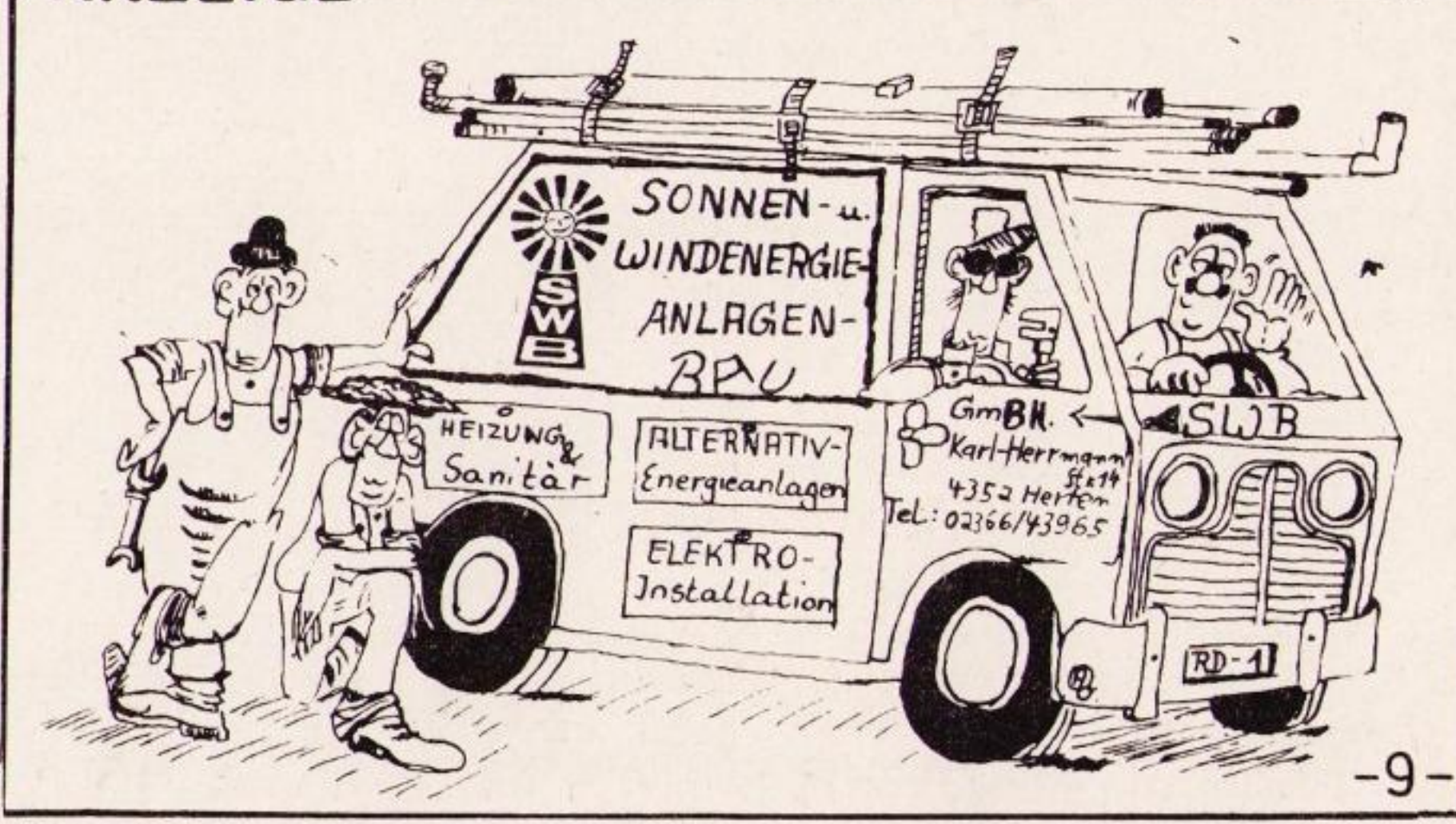
Am 23. April gab es in der Nähe Kellinghusens (Kreis Steinburg) ein FAP-Treffen mit Christian Worch (Hamburg).

Am 25. April verteidigte Nazi-Anwalt Jürgen Rieger (Hamburg) in Lübeck die FAPler Kolossa und Friese. Beide bekamen wegen Bedrohung Bewährungsstrafen.

Jürgen Rieger schreibt neuerdings seine rassistische Wichse auch in der Zeitschrift "Saat" - Organ des Deutschen Landbundes, die von Kiel aus vertrieben wird.

Verstärkte Skinhead-Aktivitäten sind in jüngster Zeit besonders in Kiel, Lübeck und Kellinghusen zu beobachten.

ANZEIGE



Zu empfehlende Lektüre aus Schleswig-Holstein:

"Die Republikaner" - Revanchisten, Neonazis und KLA zu beziehen für 4,00 DM in Briefmarken über:

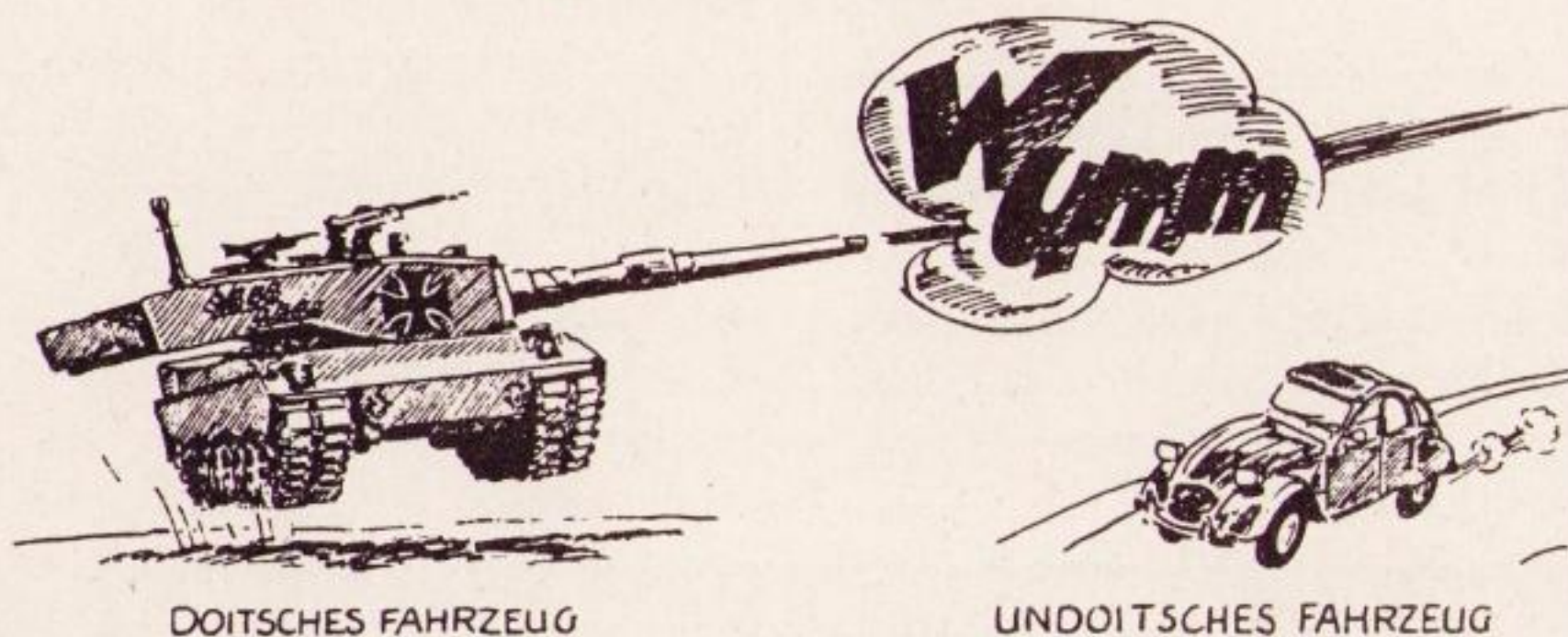
Postlagerkarte 099300 A, 2300 Kiel 1

Bericht über rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Lübeck

zu beziehen:

Jugendamt, Abt. Jugendpflege der Stadt Lübeck, 2400 Lübeck

Kurzschulung: Was ist doitsch?



Wahlzulassung und Wahlkampf von faschistischen Parteien bei den Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhielten die neofaschistischen Parteien NPD und Republikaner zwar "nur" rund zwei Prozent der Stimmen, setzten aber angesichts ihrer früher völligen Bedeutungslosigkeit in Schleswig-Holstein den bundesweiten Trend der Wahlerfolge der Neofaschisten fort, die sich im Bundesdurchschnitt auf die 5-Prozent-Marke zubewegen. Ihr Ziel dürfte vermutlich sein, ähnlich wie Le Pen in Frankreich mit einem Erfolg bei den Europawahlen 1989 den endgültigen "Durchbruch" zu erzielen.

Bei der Zulassung ihrer Kandidaturen hatten NPD und Republikaner in Schleswig-Holstein seitens der Landesbehörden keinerlei Probleme.

Nur drei Kreiswahlausschüsse hatten die Wahlzulassung von NPD und Republikanern abgelehnt.

Die Entscheidung der Wahlausschüsse erfolgte ausnahmslos aus politischen Gründen, die formalen Bedingungen hatten beide Parteien natürlich erfüllt. Jeweils mit den Stimmen von SPD und Grünen und in einem Kreis auch mit den Stimmen der FDP hatte die Mehrheit der drei kommunalen Prüfungsgremien NPD und REP als

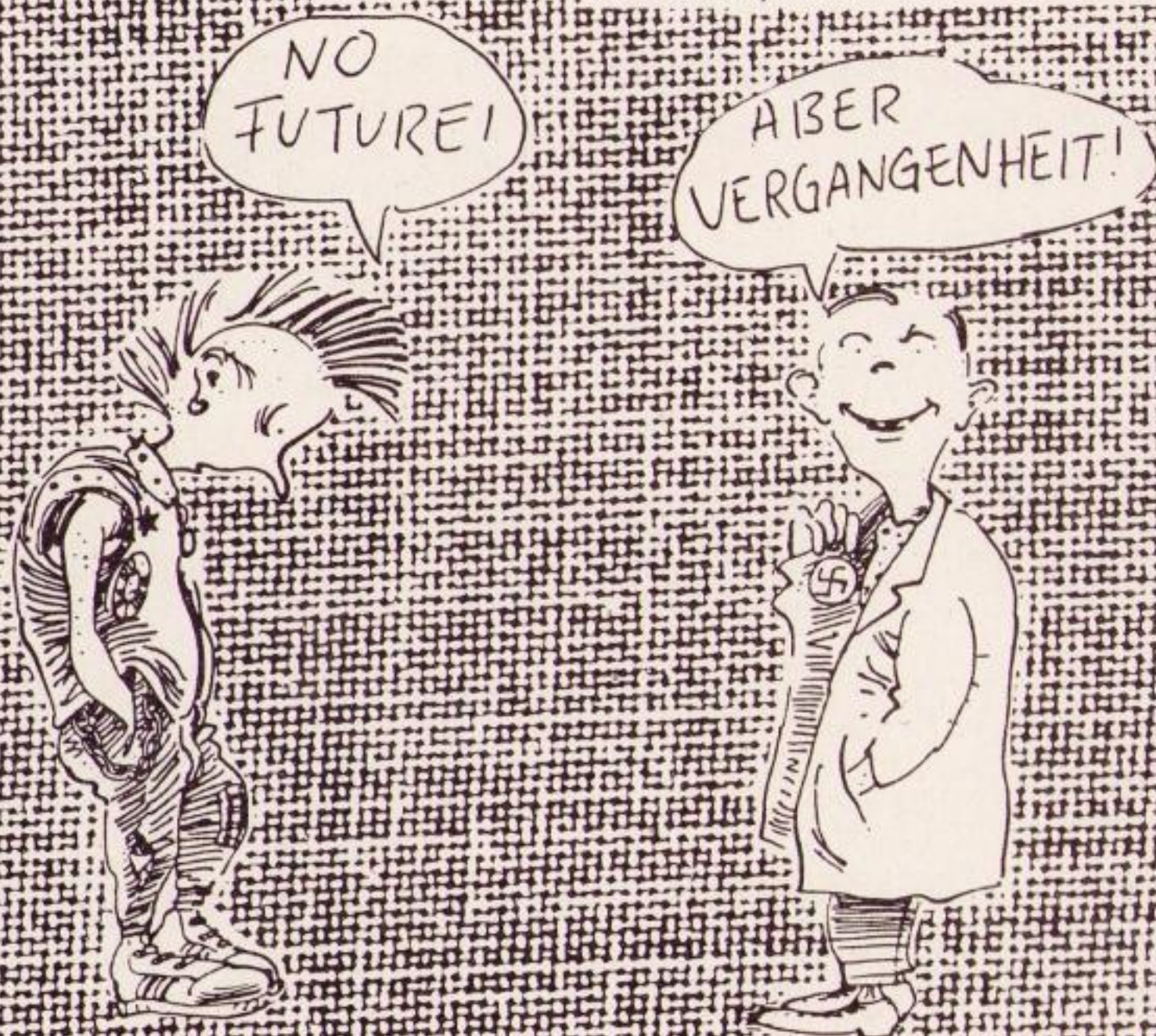
rechtsradikal bzw. neofaschistisch eingestuft und ihnen deshalb die Wahlbeteiligung verweigert.

Dabei hatten sich zumindest die Grünen auf ein Kontrollratsgesetz (Artikel 139 GG) der alliierten Siegermächte gestützt, das noch heute gilt. Danach ist die politische Betätigung von faschistischen Parteien in der Bundesrepublik verboten.

Diese positive Entscheidung der Kreiswahlausschüsse, die Faschisten zur Wahl nicht zuzulassen, hob der Landeswahlausschuß mit einer endgültigen Entscheidung wieder auf:

Der zentrale Wahlvorstand ließ alle Wahlvorschläge der NPD und REP zu. Nach Auffassung des Landeswahlausschusses haben die kommunalen Gremien mit ihrer Entscheidung ihre Kompetenz überschritten. Der Landeswahlleiter von Schleswig-Holstein, Georg Poetzsch-Heffter (CDU), betonte, daß nach der einhelligen Rechtsauffassung die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit von Parteien allein beim Bundesverfassungsgericht läge.

Im Schleswig-Holsteiner Wahlkampf zum 8. Mai nutzten die Faschisten die Schwäche des CDU-Wahlkampfes. Kaum war bekannt, daß die CDU keine



Wahlzeitung verteilen will - 1987 war sie damit wegen Hetzartikeln gegen SPD und Grüne auf den Bauch gefallen - da sind die Republikaner in die Lücke gestoßen. Sie erstellten ein Propagandablatt, das angeblich in mehreren hunderttausend Exemplaren verteilt wurde. Die Schlagzeile in der Zeitung war:

"Deutschland zuerst!"

Von einem ehemaligen CDU-Mitglied und Vertriebenenbeauftragten, Emil Schlee, tönte es im Leitartikel:

"Junge Familien haben keine Startchancen, während Asylbetrüger die öffentlichen Kassen plündern."

Weitere Titel auf Seite eins lauteten "Ali hat die Taschen voll" und als "türkischer Patriot" will er mit dem ersparten Geld nun "zu Hause" eine Werkstatt aufmachen. Er ist "den Deutschen dankbar, für das, was er lernen durfte in Deutschland..."

Bei Flüchtlingen wird ein schärferer Ton angeschlagen:

"Die meisten sind Banditen", pöbelt der Geschäftsführer einer Unterkunft für Asylbewerber in Neustadt, Hartmut Minke.

Außer gegen Ausländer sind die Faschisten für die "Schwarzwaldklinik", "wir wollen mehr Deutsches im Fernsehen", natürlich für das Deutschlandlied zum Sendeschluß und für mehr "Handlungsbedarf" der Polizei bei überführten Straftätern, sprich Standrecht:

"Es geht nicht an, daß wir unseren Kopf hinhalten und die Gerichte überführte Straftäter nachher wieder laufen lassen." So durfte sich der Grenzschutz-Obekommissar Thomas Schröder (32) bei den Faschisten zu Wort melden.

Unterstützung finden die Faschisten vor allem in dem millionenschweren Münchener Unternehmer Gerhard Frey, Herr über allerlei Sammlungs-

bewegungen und über das größte rechtsextremistische Verlagsimperium ("National Zeitung", "Deutsche Wochenzeitung", "Deutscher Anzeiger") mit einer wöchentlichen Auflage von rund 130000 Exemplaren.

Die "Deutsche Volksunion" (DVU), an deren Spitze Gerhard Frey steht, schloss sich mit der NPD zu einer Koalition, einer "Liste D", zusammen; das "D" steht natürlich für Deutschland.



Bei der Bremer Landtagswahl finanzierte der rechtsextreme Verleger Frey den Wahlkampf für die "Liste D". Dessen Kosten waren höher, als das Budget von CDU und SPD zusammen. Mit einem Großangriff aufs rote Bremen wollte er ein Fanal setzen. Die "Liste D" erhielt 3,4% der Stimmen und einen Faschisten in die Bremer Bürgerschaft, den Schiffsingenieur Hans Altmann.

Das Geld, das die NPD in Bremen durch Frey eingespart

hatte, konnte sie zusätzlich für den **Wahlkampf in Baden-Württemberg** einsetzen.

Die DVU kandidierte nicht, half aber mit beim Trommeln. Frey plazierte in seinen Blättern Sonderseiten und forderte seine Anhänger in persönlichen Rundbriefen auf, die NPD zu wählen. Auch dieses Mal zahlte sich das Bündnis aus. 2,1% der Stimmen erhielt die NPD in Baden-Württemberg und hatte so ihr bestes Ergebnis seit 16 Jahren und vollständige Wahlkampfkostenerstattung aus der Staatskasse.

Die Republikaner hatten zwar mit knapp 1% einiges eingesammelt, blieben aber mit 0,9% haarscharf unter der Grenze für die Erstattung von Wahlkampfkosten. Unter der Überschrift "Die Zeit ist reif" führten sie einen aggressiven Wahlkampf und traten auch in ihren Veranstaltungen mit radikalen Parolen auf. Viele ihrer Veranstaltungen konnten die REP nur unter Polizeischutz durchführen, wobei sich in verschiedenen Orten eine enge Zusammenarbeit zwischen REP und Polizei herausstellte. Beachtlich war auch das Ergebnis in Baden-Württemberg für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) mit 1,4% der Stimmen.

Jeweils 0,1% der Stimmen erhielten ein rechtsextremer Verein eingeschworener Abtreibungsgegner namens "Christliche Liga" und der Ableger der Europäischen Arbeiterpartei (EAP) "Patrioten für Deutschland".

ÖDP und "Christliche Liga" werben für Rassismus, staatliche Unterdrückung, Verzicht in jeder Form (z.B. Lohnverzicht bei höherer Arbeitsleistung) und Expansion.

Die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) trat nur in einem Wahlkreis auf und erhielt dort 54 Stimmen.

Für die Zukunft hofft die NPD,

daß sie innerhalb kurzer Zeit ihre Stärke der sechziger Jahre wiedererlangt, wenn sich die Rechten nicht untereinander zerreiben.

Bis es soweit ist, bedienen sie sich auch bei radikalen Ablegern: Faschistische Skins entwickelten den NPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg bei dem letzten Landesparteitag der NPD in Bayern in ein Gespräch:

"Haben Sie was gegen Skins, wir jagen doch die Drecks-Ausländer aus dem Land?"

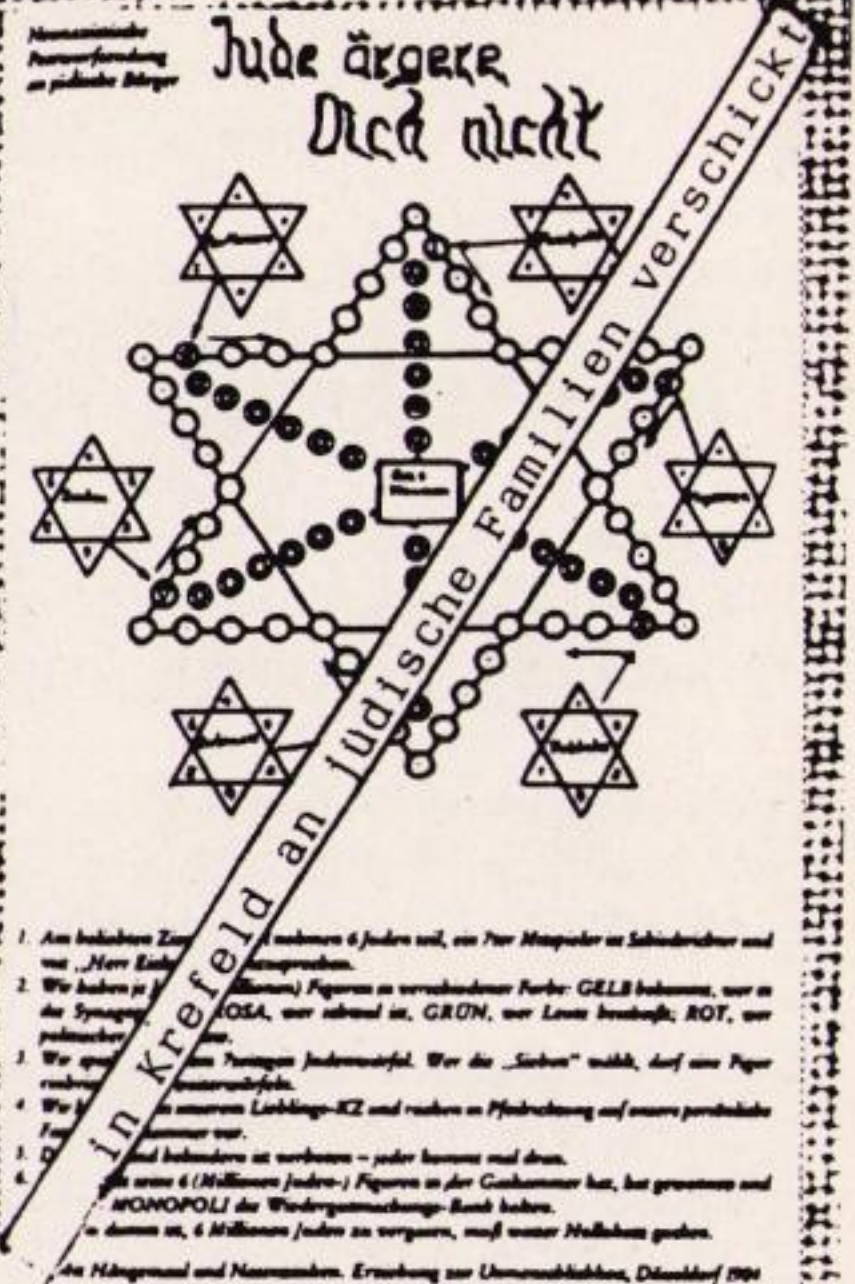
Die Antwort des Vorsitzenden war deutlich:

"Wenn ich sagen würde, ich hätte was gegen Skins, das wäre genauso blöd, als wenn ich sagen würde, ich hätte was gegen Bartträger."

Um die Wählerverluste durch den starken Zuwachs der NPD in Baden-Württemberg zu begrenzen, wirbt die CDU auch

bei NPD-Wählern. Im Programm Südwest 3 in der Sendung "Politik Südwest" am 7.4.88 hat ein CDU-Landrat aus Biberach bei einem Interview erklärt:

"...Was die ganzen Fragen Rechtsstaat, Radikalerlaß, Ausländer, Asylanten anbetrifft...müssen wir etwas klarere Positionen beziehen. Das hat mit Rechtsradikalismus gar nichts zu tun...Die ÖDP hat mit rechts gar nichts zu tun oder die Christliche Liga, das sind Parteien, die die christlichen Grundsätze stärker durchsetzen wollen; rechts ist nur die NPD, und das sind Protestwähler, Unzufriedene, aber keine Rechtsradikalen, und die werden jetzt sicherlich bald feststellen, daß ihnen die großen Schreier von der NPD auch nicht helfen können, daß sie mit der CDU auf die Dauer doch besser fahren."



In diesem Wahlkreis hat die CDU am 20.3.1988 9,7% ihrer Wähler gegenüber der letzten Wahl verloren, während die faschistischen Parteien mit 8,6% der Stimmen deutlich über dem Landesdurchschnitt lagen.

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl

(02365/ 13448)

Schaut mal rein!

Am achten Juni 1988 beginnt in Ankara der politische Prozeß gegen Dr. Nihat Sargin (Vorsitzender der TIP) und Haydar Kutlu (Vorsitzender der TKP). Angeklagt sind neben Sargin und Kutlu, für die nach Ansicht der Rechtsanwälte mehrere hundert Jahre Gefängnisstrafen gefordert werden, zwei Anwälte, die sie verteidigen wollten, und zwölf weitere türkische Bürger. Es geht jedoch um mehr als das Schicksal von 16 Personen. Dieser Prozeß ist eine Herausforderung für alle, für die Menschenrechte nicht bloß ein leeres Wort sind.

Die Festnahme der aus dem Exil in die Türkei zurückgekehrten Politiker im November 87 hat weltweit zu Protesten geführt (Die AntiFaZ berichtete mehrmals, auch über die Arbeit der Recklinghäuser Initiative).

Bereits am 19. November verlangte das Europaparlament in einer Resolution ihre sofortige Freilassung und die Gewährleistung ihres Rechtes auf freie politische Betätigung.

Der Justizminister der neuen Özal-Regierung, Oltan Sungurlu, erklärte gegenüber der Presse: "Gegenwärtig gibt es keine Vorbereitungen für eine Generalamnestie, zur Aufhebung der Todesstrafe oder zur Streichung der §§ 141, 142 und 163 aus dem Strafgesetzbuch."

Am 14. März 1988 wurde von der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen Sargin und Kutlu vorgelegt. Sie basiert auf primitivem Antikommunismus. So heißt es u.a.:

"Der Grundsatz des Kommunismus lautet: Tod dem, der

nicht mit uns ist, es gibt keinen mittleren Weg."

oder:

"Jeder talentierte, aufgeschlossene und unternehmerische Mensch ist in ihren Augen ein Faschist und muß sterben."

Als eine der Begründungen für das Verbot der Kommunistischen Partei wird angeführt:

"Es wurde angenommen, daß das türkische Volk diese illegalen Parteiprogramme nicht akzeptieren wird."

Insgesamt findet in der Anklageschrift keinerlei Auseinandersetzung mit den Programmen der beiden Parteien statt. Stattdessen wird als besonderes Verbrechen den beiden vorgeworfen:

"Schwächung der nationalen Gefühle".

Sargin und Kutlu sollen bestraft werden, weil sie auf die Existenz des kurdischen Volkes in der Türkei hingewiesen haben und die Respektierung seiner Rechte forderten.

Der Prozeß gegen Sargin und Kutlu wird vor dem Staatssicherheitsgericht von Ankara verhandelt. Diese Gerichte sind **Sondergerichte**. Man hatte sie bereits in den 70er Jahren gegründet. Sie wurden jedoch vom damaligen Verfassungsgericht als "verfassungswidrig" eingestuft und ersatzlos abgeschafft. Nach dem Staatsstreich von 1980 haben die Generale diese Gerichte erneut geschaffen. Von diesen Gerichten ist keinerlei "Gerechtigkeit" zu erwarten. Dies

zeigt insbesondere schon im Vorfeld die Behandlung der Verteidigerrechte:

So wurde auch gegen zwei Rechtsanwälte, Attila Coskun und Rasim Öz, Anklage erhoben. Rechtsanwälte müssen ständig damit rechnen, selbst auf der Anklagebank zu landen. Aber nach Meinung der Regierung der Türkei geht alles "nach Gesetz"! Aber was für Gesetze:



Die Paragraphen 141 und 142 stellen selbst das Eintreten für eine gewaltlose Änderung der Gesellschaft unter Höchststrafe, die Todesstrafe.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter des schwedischen Parlamentes, Hans Gören Franck, schreibt in Bezug auf die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen StGB:

"Die oben erwähnten Paragraphen werden gegenwärtig benutzt, um insbesondere die nicht-gewalttätige Opposition zu bestrafen. Zahlreiche Gerichtsurteile und Urteile der oberen Instanzen zeigen, daß die Anwendung dieser Paragraphen das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf freie Organisation und auf freie Religionsausübung verletzt und deswegen den Artikeln 9, 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die



die Türkei unterschrieben hat, widerspricht."

Um die internationale Solidarität mit den politischen Gefangenen und den internationalen Protest gegen das undemokratische Regime in der Türkei verbreitern zu helfen, wird vom 9. bis 11. September im **Ruhrgebiet ein Internationales Tribunal gegen das türkische Militärregime** durchgeführt.

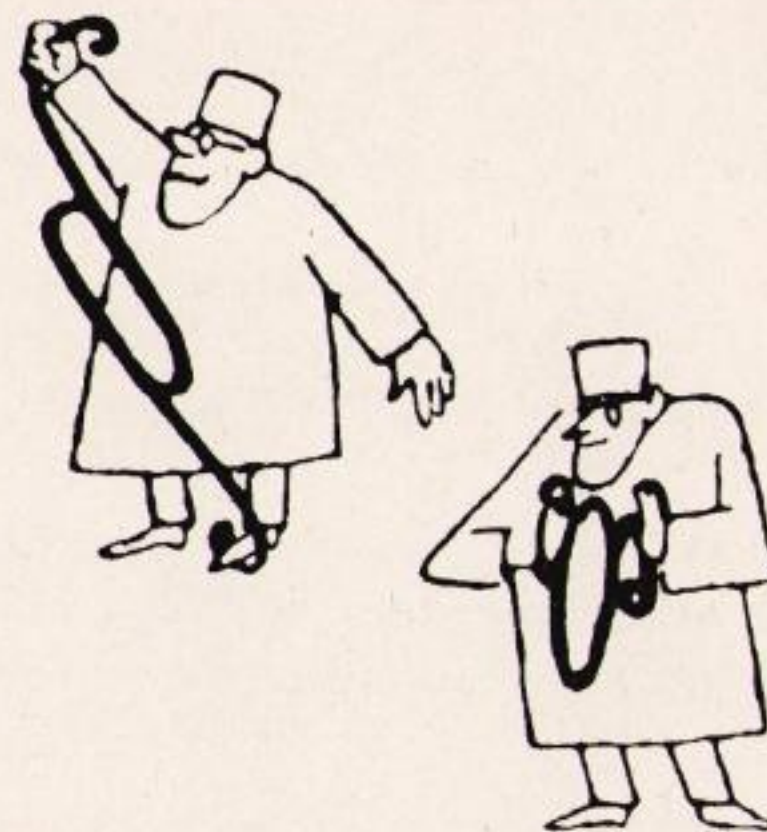
Das Recklinghäuser Komitee "Freiheit für Kutlu und Sargin" wird Anfang September zur

Vorbereitung eine Veranstaltung mit dem Thema **"Die Unterdrückung des kurdischen Volkes"** (Siehe hierzu auch AntiFaZ-Artikel über Kurdistan) durchführen.

Aus Anlaß der Prozeßeröffnung wird das Komitee am 8. Juni auf dem Recklinghäuser Alten Markt eine gespielte Gerichtsverhandlung vorführen:

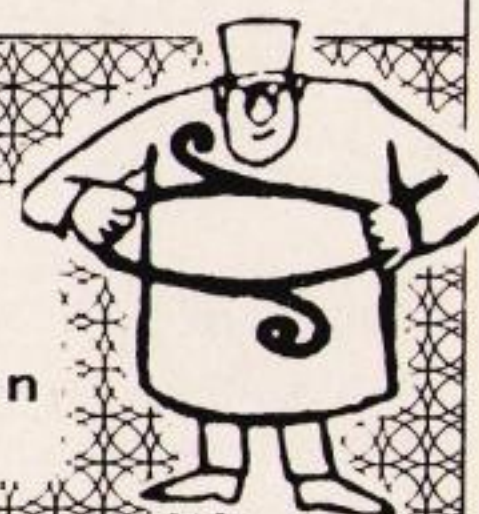
Freiheit für Kutlu und Sargin!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei!



Aktionen für das kommunale Ausländerwahlrecht:

2 Veranstaltungen des Aktionsbündnisses in Recklinghausen



Grüne, JuSos, Deutsch-türkischer Verein, Türkischer Arbeiterverein, Antifaschistischer Bund und Ini gegen Ausländerfeindlichkeit veranstalteten in Recklinghausen am 12. Mai ein mit 200 Leuten sehr gut besuchtes Rockkonzert mit der französischen Gruppe "Carte de Sejour" (was übersetzt "Aufenthaltsberechtigung" heißt).

Die Gruppe war eine der treibenden Kräfte der französischen "SOS-gegen Rassismus"-Kampagne. Ihr Auftritt im Recklinghäuser "flexi" war schwungvoll und so begeisternd, daß die Anwesenden sich in ihrem gemeinsamen Eintreten für das kommunale Ausländerwahlrecht bestärkt fühlten.

Seit langer Zeit mal wieder eine solidarische und fröhliche Atmosphäre, was auch den politischen AktivistInnen häufiger guttun würde!

Als Fortsetzung dieser Aktivitäten zum kommunalen Ausländerwahlrecht (und als Auftakt für eine längerfristig und

breiter angelegte Kampagne) führten die genannten Organisationen am 31. Mai in der Recklinghäuser "Altstadtschmiede" ein Podiumsgespräch mit Vertretern aus der Partnerstadt Dordrecht/Niederlande durch.

Eingeladen war ein Vertreter des Stadtrates, Vorsitzender des dortigen Ausländerbeirates und weitere niederländische und ausländische Mitglieder des Dordrechter Ausländerbeirates - sie berichteten über den dortigen Kampf für das kommunale Ausländerwahlrecht, welches in den Niederlanden inzwischen gesetzlich verankert ist!

Bahattin Erdem faßte die Erfahrungen des türkischen Arbeitervereins zusammen, welcher 1986 eine symbolische Wahl unter der türkischen Bevölkerung in Recklinghausen und Herten durchgeführt hatte.

Wolfgang Tschentscher vom Antifaschistischen Bund referierte über die neuen Referentenentwürfe des Hauses Zimmermann zur Neufassung des Ausländergesetzes.

Anschließend diskutierten die 70 Teilnehmer, teilweise äußerst engagiert, die Frage des kommunalen Wahlrechts. Häufig wurden die Vertreter aus Dordrecht gefragt, warum in den Niederlanden der Kampf um dieses Recht erfolgreich gewesen sei.

Als hauptsächlichen Grund nannten sie das "gute Bündnis der demokratischen Kräfte einschließlich der niederländischen sozialdemokratischen Partei".

Daran anknüpfend wurde von mehreren Besuchern die Recklinghäuser SPD kritisiert, die es nicht einmal für nötig gehalten hatte, einen offiziellen Vertreter zu entsenden.

Vor allem aber wurde an der SPD in Recklinghausen kritisiert, daß sie es ablehnte, durch den Rat der Stadt die Einführung des kommunalen Wahlrechts zu fordern, mit der Begründung, die Landes-SPD habe einen dementsprechenden Beschluß gefaßt und daher brauche man das auf Ortsebene nicht mehr!

Die Änderungspläne zum Ausländerrecht

Redebeitrag des AFB auf der Veranstaltung in Recklinghausen am 31. Mai.

Das Haus Zimmermann hat eine neue geheime Kommandosache ausgebrütet. So geheim, daß selbst der ehrenwerte Liberale Hirsch in der "Aktuellen Stunde" in West 3 erstaunt war, als man ihm seitens der Redakteure eine Zusammenfassung des neuen Gesetzentwurfes vorlegte.

Doch im Grunde ist es kein Geheimnis: Seit 1982 arbeiten die Wendepolitiker an einem neuen Ausländerrecht. Dann allerdings gab es massive Proteste und Widerstand.

Jetzt scheint ihnen der Zeitpunkt günstig, die Papiere wieder auf den Tisch zu bringen.

Worum geht es bei den neuen Entwürfen?

Die Neufassung des Ausländerrechtes soll im Grunde zwei Ausländergesetze schaffen:

Zum einen das **Ausländerintegrationsgesetz (AIG)**, zum anderen das **Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG)**.

Während das AIG nur solche Ausländer erfassen soll, die vor dem Anwerbestop 1973 in die BRD einreisten (bzw. nach 1973 mit einer besonderen Zustimmung der Behörden), wird sich das AAG mit allen anderen Ausländern beschäftigen.

(In beiden Fällen sind die sogenannten EG-Ausländer ausgenommen).

I. Zum AIG:

Es schafft Begünstigungen für

1. alle Ausländer, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes als Arbeitnehmer für eine nicht nur vorübergehende Beschäftigung eingereist sind, erleichtert die sogenannte Aufenthaltsverfestigung, sowie die Bedingungen für den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung und den Familiennachzug.

2. für die bereits nachgezogenen und künftig nachziehenden Ehegatten

3. für die bereits nachgezogenen Kinder

4. für nachgezogene und bereits verheiratete Kinder dieser Arbeitnehmer

II. Zum AAG:

1. Es legt in den allgemeinen Grundsätzen die Passpflicht und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für alle Ausländer fest, auch unter 16 Jahren.

Weiter wird ein sogenannter weiterer Ermessensbegriff festgeschrieben als "Recht der Bundesrepublik Deutschland, auf Grund ihrer Gebietshoheit nach Maßgabe ihrer Interessen über den Aufenthalt von Ausländern zu entscheiden". Begründung hierfür: "Ausländer haben kein originäres Aufenthaltsrecht, die Aufenthaltsgewährung ist ein Akt der Souveränität des Staates".



Aufenthaltsgewährung erfolgt nach bestimmten gruppenspezifischen Regelungen, und zwar als Aufenthaltserlaubnis (maximal 8 Jahre), als Aufenthaltsbewilligung (auf bestimmte Zeit begrenzt/Studenten), und als Aufenthaltsgestattung (nur für 1 Jahr/Flüchtlinge).

Eine sogenannte Aufenthaltsverfestigung ist nicht mehr automatisch Folge einer bestimmten Aufenthaltsdauer, sondern die auf begründete Einzelfälle beschränkte Ausnahme!

Aufenthaltsbeendigung erfolgt:

- sofort bei Fällen schwerer Kriminalität

- in der Regel bei extremistischer politischer Betätigung

- kann erfolgen bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, oder sonstiger erheblicher Interessen der BRD (Beispiel: Nicht genügende Wohnverhältnisse, Arbeitslosenhilfebezug von mehr als einem Jahr)

Fazit: Die Einteilung der Ausländer in bereits hier lebende und künftig einreisende hat zum Hauptziel, eine generelle Spaltung hervorzurufen: Die einen sollen mit allen Mitteln integriert werden (aber nach wie vor ohne Rechte), die anderen sollen auf jeden Fall in festgeschriebener Zeit die BRD wieder verlassen.

Ein künftiger Daueraufenthalt wird frühestens nach 13 Jahren möglich (aber nicht wahrscheinlich).

Wodurch unterscheidet sich eine solche Praxis noch von der des südafrikanischen Staates?

Nur dadurch, daß dieser sich offen zum Rassismus bekennt.

Nachdem durch den antifaschistischen und demokratischen Widerstand die Entwürfe zeitweilig auf Eis gelegt werden mußten, soll jetzt in voller Breite zugelangt werden:

Hierzu noch einige Überlegungen:

- Es soll jetzt festgeschrieben werden, daß Ausländer nicht mehr bei Entscheidungen, die über sie gefällt werden, gehört werden müssen,



- daß ihnen Rechtsmittel und Rechtsinstanzen auf Ebene der Verwaltungsgerichte vorenthalten werden,
- daß ihnen der Grundsatz nicht zugestanden wird, wonach jemand nur schuldig sein kann, wenn er rechtskräftig verurteilt wurde. Bei Ausländern soll in Zukunft der Tatverdacht ausreichen, sie abzuschieben. Dies ist ein außerordentlich weitgehender Abbau demokratischer Rechte. Begründet wird der Gesetzentwurf von den Mitarbeitern im Hause Zimmermann damit, daß die BRD ein "souveräner Staat" sei, "angesichts der ungelösten nationalen Frage" sei die "Bewahrung eines eigenen nationalen Charakters das legitime Recht eines jeden Volkes und Staates".

Die Änderungspläne zum Ausländergesetz

Auszüge aus einer Zusammenfassung des Referentenentwurfs für das neue Ausländergesetz vom Bundesinnenministerium

Artikel 1: Ausländerintegrationsgesetz (AIG)

1. Begünstigt werden durch entsprechende gesetzliche Regelungen:

1. alle ausländischen Arbeitnehmer, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes erlaubt als Arbeitnehmer für eine nicht nur vorübergehende Beschäftigung eingereist sind;

- erleichterte Aufenthaltsverfestigung: unbefristete Aufenthaltserlaubnis bei Besitz besonderer Arbeitserlaubnis, einfachen mündlichen Deutschkenntnissen und Unterhalt ohne Sozialhilfe; Aufenthaltsberechtigung nur unter der weiteren Voraussetzung des Nichtvorliegens von Ausweisungsgründen, auch bei Arbeitslosigkeit nach acht Jahren Arbeit;

- Familiennachzug: des Ehegatten; der Kinder unter 16 Jahren (nur zu beiden Eltern) wenn Unterhalt ohne Sozialhilfe gesichert.

2. Die bereits nachgezogenen und künftig nachziehenden Ehegatten dieser Arbeitnehmer:

- Verfestigung und Verselbständigung ihres Aufenthaltsrechts schon nach drei Jahren Aufenthalt, wenn der Aufenthalt des Arbeitnehmers verfestigt und der Unterhalt ohne Sozialhilfe gesichert ist.

3. Die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nachgezogenen Kinder dieser Arbeitnehmer:

- Verfestigung und Verselbständigung des Aufenthaltsrechts nach Vollendung des 16. Lebensjahres und 5 Jahren Aufenthalt bei ausreichenden Deutschkenntnissen und ohne Sozialhilfe gesichertem Unterhalt.

4. Die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nachgezogenen und verheirateten Kinder dieser Arbeitnehmer:

- Ehegattennachzug wie von der Bundesregierung 1981 empfohlen, aber ohne Ehegattenbestandszeit.

gert werden, so daß künftig ein Daueraufenthalt im Wege befristeter Verlängerungen ausgeschlossen ist.

Aufenthaltsverfestigung

- ist nicht mehr automatische Folge einer bestimmten Aufenthaltsdauer, sondern die auf begründete Einzelfälle beschränkte Ausnahme;

- setzt die Einfügung in die hiesige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung, insbesondere gesicherte wirtschaftliche Existenz und ausreichende Deutschkenntnisse voraus, so daß die Aufenthaltsverfestigung nicht Mittel, sondern Folge gelungener Integration ist;

- erfordert, daß auch aus der Sicht der öffentlichen Belange ein überwiegendes Interesse am dauernden Verbleib besteht;

- erfolgt in zwei Stufen: **unbefristete Aufenthaltserlaubnis**: nach frühestens 5 Jahren kann und nach spätestens 8 Jahren muß die abschließende Ermessensentscheidung fallen, ob der Ausländer bleiben darf oder wieder ausreisen muß; die **Aufenthaltsberechtigung** ist ein unbeschränkbares Aufenthaltsrecht, das erhöhten Ausweisungsschutz gewährt und nur Ausländern erteilt werden kann, die seit 5 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen; wer 10 Jahre im Bundesgebiet erwerbstätig war, hat einen Regelanspruch auf Aufenthaltsberechtigung.

2. **Aufenthaltsgewährung für einen bestimmten, zeitlich begrenzten Zweck** (z.B. Studenten, Werkvertragsarbeitnehmer, Touristen). Diese Ausländer erhalten eine **Aufenthaltsbewilligung**, die

- von vornherein eine spätere Aufenthaltsverfestigung ausschließt und

- nur verlängert werden darf, solange sich der ursprüngliche Aufenthaltswert noch nicht erledigt hat.

1. **Aufenthaltsgewährung ohne Bindung an bestimmten Aufenthaltswert** (z.B. Arbeitnehmer, Selbständige):

Diese Ausländer erhalten den allgemeinen Aufenthaltstitel **Aufenthaltserlaubnis**. Diese darf nur bis zu einer Gesamtgültigkeitsdauer von maximal 8 Jahren befristet ver-

Und noch zwei Zitate:

"Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen...."

"Es ist zu fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen....auszuweisen."

Die letzten Sätze stammen nun allerdings nicht aus dem Hause Zimmermann, sondern aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920.

Aber: der gedankliche Hintergrund ist auffallend ähnlich geworden. Zur Zeit hat sich noch kaum Widerstand gegen die neue Ausländergesetzgebung und gegen die neuen ausländerfeindlichen Abschiebepäne der Unternehmen entwickelt.

Es wird höchste Zeit!



Artikel 2: Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG)

I. Allgemeine Grundsätze und Regelungen

1. Paßpflicht und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für alle Ausländer auch unter 16 Jahren.

2. Festgeschrieben wird der weite ausländerrechtliche Ermessensbegriff als das Recht der Bundesrepublik Deutschland auf Grund ihrer Gebietshoheit nach Maßgabe ihrer Interessen über den Aufenthalt von Ausländern zu entscheiden, weil

- Ausländer kein originäres, der gesetzlichen Regelung vorgegebenes Aufenthaltsrecht haben,

- die Aufenthaltsgewährung vielmehr ein kraft der Gebietshoheit souveräner Akt des Staates ist.

3. Für die Ermessensausübung wird der Vorrang der öffentlichen Interessen vor den Belangen des Ausländers festgeschrieben sowie die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung auf im Bundesgebiet gelegene Sachverhalte beschränkt.

4. Das Ausländerrecht ist kein Einwanderungsrecht:

- Ausländern sollen grundsätzlich nur noch befristete Aufenthalte gewährt werden.

- Die Aufenthaltsverfestigung wird auf begründete Einzelfälle und auf die Fälle beschränkt, in denen eine Aufenthaltsbeendigung aus rechtlichen, humanitären oder politischen Gründen nicht möglich ist.

II. Aufenthaltsgewährung nach gruppenspezifischen Regelungen

1. **Aufenthaltsgewährung ohne Bindung an bestimmten Aufenthaltswert** (z.B. Arbeitnehmer, Selbständige):

Diese Ausländer erhalten den allgemeinen Aufenthaltstitel **Aufenthaltserlaubnis**. Diese darf nur bis zu einer Gesamtgültigkeitsdauer von maximal 8 Jahren befristet ver-

3. Aufenthaltsgewährung aus humanitären und politischen Gründen (z.B. de-facto-Flüchtlinge). Diese Ausländer erhalten eine Aufenthaltsgestattung, die

- jeweils nur für 1 Jahr erteilt und verlängert wird,

- nur verlängert werden darf, solange der Aufenthaltswert fortbesteht,

- für räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt ist.

Nach mindestens 8 Jahren Aufenthaltsgestattung kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden; nach weiteren fünf Jahren kann eine Aufenthaltsberechtigung erteilt werden.

4. Familiennachzug

Auch hier wird gestaffelt nach den verschiedenen Kategorien der Aufenthaltserlaubnisse; grundsätzlich dürfen nur Ehegatten und Kinder unter 16 Jahren nachziehen. Bei Vorliegen von Aufenthaltsbewilligung oder Aufenthaltsgestattung liegt die Erlaubnis zum Nachzug im Ermessen der Behörden.

III. Aufenthaltsbeendigung

1. Ausweisungstatbestände

- Ist-Ausweisung für Fälle besonders schwerer Kriminalität

- Regel-Ausweisung für Fälle erheblicher Kriminalität und extremistischer, insbesondere gewalttätiger politischer Betätigung

- Kann-Ausweisung wegen Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

(z.B. bei: Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassungsorgane von Bund und Ländern; Verbrauch von Heroin, Kokain und vergleichbar gefährlicher Drogen; Obdachlosigkeit und geltenden Rechtsvorschriften nicht genügende Wohnverhältnisse; Arbeitslosenhilfebezug von mehr als 1 Jahr).

Begrüßungsrede zur Veranstaltung mit "CARTE DE SEJOUR" im Recklinghäuser "flexi"

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich darf Euch im Namen der Veranstalter herzlich begrüßen.

Das Konzert heute abend findet statt mit Unterstützung von Gruppen, Initiativen und Parteien - Ihr habt sie im Vorraum ja alle gesehen -, die sich einig sind in der Forderung nach kommunalem Wahlrecht für AusländerInnen.

Um dieser Forderung Ausdruck zu verleihen, haben wir u.a. die Stars des Pariser Anti-Rassismus-Festivals eingeladen: die Gruppe **Carte de Séjour**.

Zu dem, was sie zu sagen haben, ein kurzer Ausschnitt aus einem Lied, was sie gleich singen werden:

Man hatte ihm das Paradies versprochen:

In Frankreich kannst Du unbesorgt leben,
und alle Deine Träume werden wahr.

Frankreich bildet aus, Frankreich sorgt für die Kranken,
Frankreich gibt den Armen!

In Frankreich hat man ihn in die Minen gesteckt.

Er war ein Mann, er wurde eine Ratte.

In den Minen hat er seine Zähne verloren, seine Jugend beerdigt.

Eines Tages wurde er durch das Radio geweckt, das ihn für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machte.

Und das, nachdem er sein Leben im Land der Industrien verloren hatte....

Die Musiker selber sind arabisch Einwanderer und gehören zur 'zweiten Generation'.

Frankreichs Rassisten drücken sich nicht so vornehm aus. Von denen wird Carte de séjour - was übrigens so viel heißt wie Aufenthaltsberechtigung - als blöder Bastard beschimpft; es bleibt natürlich nicht bei verbalen Entgleisungen. Wie weit verbreitet und fast gesellschaftsfähig Ausländerfeindlichkeit wieder geworden ist, haben in Frankreich die letzten Wahlen mit zweistelligen Ergebnissen für den Rechtsradikalen Jean Marie Le Pen und seine Nationale Front erschreckend verdeutlicht.

Was in Frankreich Le Pen ist, sind hier Parteien im rechtsradikalen bis faschistischen Spektrum wie NPD, Republikaner, FAP.

Auch deren Zuwächse bei den letzten Wahlen sind frappierend. Daß es hier (noch) nicht zu zweistelligen Ergebnissen reicht, liegt u.a. wohl daran, daß bei uns auch die sogenannten bürgerlichen Parteien ausländerfeindliche Themen besetzt halten. So hat sich u.a. der Recklinghäuser SPD-Landtagsabgeordnete Helmut Marmulla Ende letzten Jahres gegen das Ausländerwahlrecht

trotz anderslautendem Parteitagebeschuß ausgesprochen.

Auch die jüngst bekannt gewordenen Pläne des Innenministers Zimmermann lassen sich in der Formel zusammenfassen: ANPASSEN ODER RAUS!! Wer so Ausländerfeindlichkeit schürt, bereitet das Feld für die Rassisten.

AusländerInnen haben in der BRD kein Wahlrecht. Das heißt zunächst einmal, daß über vier Millionen Menschen von einer wichtigen Möglichkeit der politischen Einflußnahme ausgeschlossen und der grundlegendsten demokratischen Rechte beraubt sind.

Die eigentliche Feindschaft, die die hiesige Politik gegenüber Ausländern praktiziert, besteht allerdings nicht darin, daß AusländerInnen nicht wählen dürfen, sondern darin, wie sie als Arbeitskräfte benutzt und wieder verschoben werden. Und diese Ausbeutung der Arbeitskräfte macht keinen Unterschied hinsichtlich der Staatsbürgerschaft: Arbeitslosigkeit trifft deutsche und ausländische Arbeiter;

Berufskrankheiten, Frühinvalidität usw. kennen keine Nationalitätsunterschiede.

All das, was der demokratische Staat und die kapitalistische Ökonomie mit den eingeschriebenen Bürger und den 'Gastbürgern' gleichermaßen veranstaltet, das ist der eigentliche Skandal und das ist der Kern der Kritik an der Ausländerfeindlichkeit. "Wer also von

Ausländer leben und arbeiten in der Bundesrepublik — warum besitzen sie kein Wahlrecht?



Kommunales Wahlrecht für Ausländer in NRW

den hiesigen Formen der Benutzung der Menschen für fremden Reichtum nicht reden will, der soll von der Ausländerfeindlichkeit schweigen!" Wir sind als Initiatoren dieser Veranstaltung der Meinung, daß es trotz dieser Fundamentalkritik sinnvoll und notwendig ist, für eine - wenn auch schrittweise - Verbesserung der Situation der Ausländer in der BRD einzutreten und gerade damit auf den genannten ökonomischen Hintergrund aufmerksam zu machen. Unser Eintreten für das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen soll dazu beitragen, der staatlichen und privaten

Ausländerfeindlichkeit ein Stück den Boden zu entziehen. Das kann zum Abbau von Vorurteilen und zur stärkeren Akzeptanz der Ausländer in der deutschen Bevölkerung führen und damit den Blick freimachen für die wirklichen Unrechts- und Ausbeutungsverhältnisse.

Damit wäre die Teilhabe der Ausländer an kommunalen Entscheidungsprozessen mehr als das Wählen und das schöne Gefühl, daß ab sofort alles, was mit ihnen angestellt wird, mit ihrer demokratischen Beteiligung abläuft. Es wäre ein Schritt zur Solidarisierung derjenigen, die wie die Ausländer

als industrielle Reservearmee mißbraucht werden.

Wir möchten Euch deshalb auch zum zweiten Teil der Kampagne für das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen, der dem heutigen Kulturbeitrag folgen wird, nämlich zur Podiumsdiskussion einladen.

Die wird stattfinden am 31.5. um 19.30 Uhr in der Altstadt Schmiede. Auf dem Podium sitzt unter anderen der Ausländerbeauftragte der RE-Partnerstadt Dordrecht.

Die Dordrechter können aus eigener Erfahrung über das in Holland existierende Wahlrecht für Ausländer berichten.

Interview mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) über deutsche Pässe für Ausländer

Auszug: Spiegel vom 30.5.88

SPIEGEL: Herr Oberbürgermeister, Sie wollen Ausländern, die schon längere Zeit in der Bundesrepublik leben, zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft verleihen. Warum eigentlich: Wer in der Bundesrepublik bleiben will, kann sich doch einbürgern lassen?

ROMMEL: Das ist nicht so einfach, wie immer behauptet wird. Der Ausländer muß mindestens zehn Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben, eine angemessene Wohnung und ein festes Einkommen nachweisen. Und Geld kostet es auch noch: je nach Verdienst bis zu 5000 Mark.

SPIEGEL: Ist es nicht trotzdem verwunderlich, daß noch nicht einmal ein Prozent der rund 4,6 Millionen Ausländer, die gegenwärtig in der Bundesrepublik leben, einen deutschen Paß beantragt hat?

ROMMEL: Das wundert mich überhaupt nicht. Die Leute werden einfach durch unser restriktives Ausländerrecht abgeschreckt. Das Bedürfnis, ihren Aufenthalt rechtlich gesichert zu bekommen, ist jedoch unbestreitbar da und wird immer stärker.

SPIEGEL: Bislang mußte ein Ausländer ja, um Deutscher zu werden, auch seine alte Staatsbürgerschaft aufgeben. Nach Ihrem Vorschlag einer „Doppelstaatsbürgerschaft“ soll er sie offenbar behalten.

ROMMEL: Ja, weil die Aufgabe vielen schwerfällt. Sie haben noch ihre Wurzeln zu Hause oder möchten später einmal in ihre Heimat zurückkehren. Manche Länder, wie zum Beispiel Griechenland oder die Türkei, entlassen ihre Landsleute nur ungern aus der Staatsbürgerschaft. Deshalb wäre die Doppelstaatsangehörigkeit ein vernünftiger Schritt.

SPIEGEL: Das geht doch bei Ostblockflüchtigen auch heute schon, wenn sie von ihren Staaten nicht freigegeben werden.

ROMMEL: Das sind Ausnahmefälle. Es sollte aber innerhalb der europäischen Länder die Regel sein. Ich finde das affenartige Festklammern an einer Staatsangehörigkeit einfach nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen an die zweite und dritte Ausländergeneration denken. Die sind hier aufgewachsen, sprechen fließend Deutsch oder sogar Schwäbisch und haben ein berechtigtes Interesse daran, daß ihr Aufenthalt langfristig gesichert wird.

SPIEGEL: Mit zwei Staatsbürgerschaften wissen die jungen Leute doch dann überhaupt nicht mehr, wo sie hingehören.

ROMMEL: Ach was, solche Probleme haben sie doch jetzt schon. Sie sind auf deutschen Schulen gewesen, haben deutsche Freunde, oft sprechen sie nicht einmal mehr ihre Heimatsprache.

SPIEGEL: Nach bundesdeutschem oder internationalem Recht sind die Behörden jedoch verpflichtet, Doppelstaatsbürgerschaften zu verbieten, um Konflikten vorzubeugen.

ROMMEL: Das ist nur dann sinnvoll, wenn es sich um entfernte Länder handelt oder wenn damit zu rechnen ist, daß Konflikte auftreten, etwa durch einen Krieg. Aber diese Zeiten sind in Europa doch wohl vorbei.

SPIEGEL: Eine andere Vorschrift verlangt, daß die Mitglieder ausländischer Familien den gleichen Paß haben müssen. Was aber, wenn der Vater Türke bleiben, sein Sohn dagegen nebenher Deutscher werden will?

ROMMEL: Na und? Unsere Gesellschaft hat diese traditionellen Familienbande doch ohnehin gelockert. Ich kann solchen jungen Leuten nicht sagen, du gehörst nach Anatolien, obwohl sie, wenn überhaupt, das letzte Mal im zarten Jugendalter dort gewesen sind.

SPIEGEL: Schüren Sie mit Ihrer Idee der Doppelstaatsbürgerschaft nicht zusätzlich Ausländerhaß unter den Deutschen? So könnte doch künftig ein deutsch-türkischer Abiturient, der den Numerus clausus nicht schafft, über die Ausländerquote einen Studienplatz ergattern.

ROMMEL: Das läßt sich in den Griff kriegen. Dann müssen die Universitäten sich eben was einfallen lassen. Bei uns werden ohnehin massenweise Vorschriften produziert, warum sollen die nicht auch mal einem vernünftigen Zweck dienen?

SPIEGEL: In Stuttgart allein leben rund 100 000 Ausländer, das ist fast jeder fünfte Einwohner. Sollen die jetzt alle Schwaben werden?

ROMMEL: Nur die, die wollen. Die Doppelstaatsangehörigkeit kann ohnehin nur eine Übergangslösung sein. Langfristig muß es zu einer einheitlichen europäischen Staatsbürgerschaft kommen. In 10 oder 20 Jahren wird die Bevölkerung in den großen Städten multinational sein. Für die Menschen, die dann in den Metropolen wohnen, darf nicht zweierlei oder dreierlei Recht gelten. Wir können in unseren Städten nicht mit einer Staatsangehörigkeitspraxis des 19. Jahrhunderts die Probleme des Jahres 2000 lösen. ♦

Letzte Meldung

Nach Auskunft von Antifas aus Münster hat die NPD versucht, den Parteitag in Hembergen bei Emsdetten Krs.Steinfurt durchzuführen.

Dies wurde bekannt und massiver Protest führte dazu, daß der Wirt der Gaststätte "Lanversgir" der NPD die Räume verweigerte.

"Man darf sich nicht durch politische Grenzen von den Grenzen des ewigen Rechtes abbringen lassen. Wenn diese Erde wirklich für alle Raum zum Leben hat, dann möge man uns also den uns zum Leben nötigen Boden geben. Man wird das freilich nicht gerne tun. Dann jedoch tritt das Recht der Selbsterhaltung in seine Wirkung; und was der Güte verweigert wird, hat eben die Faust sich zu nehmen."

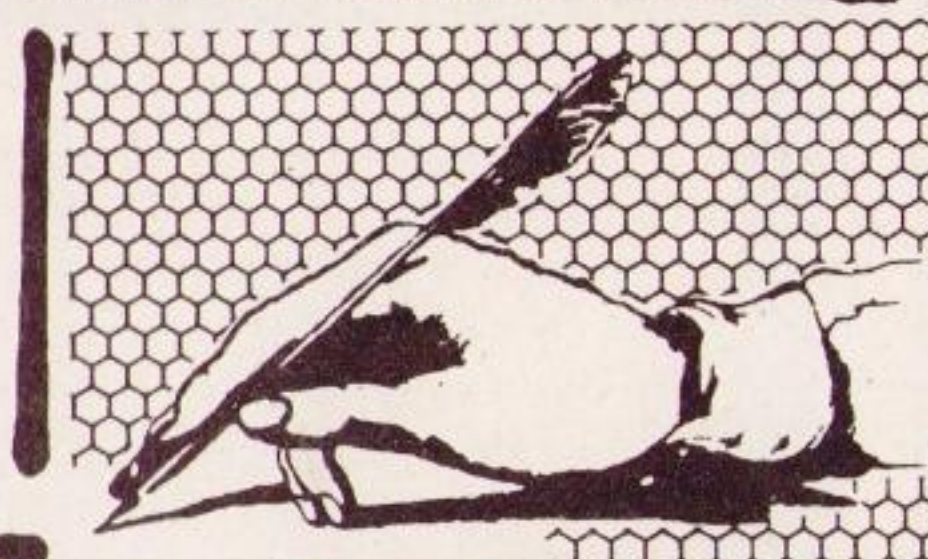
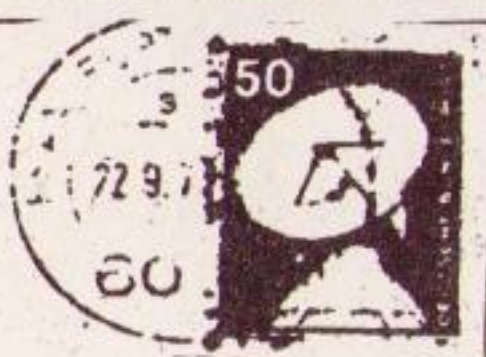
Hitler "Mein Kampf"

Die Gebietsansprüche der Neonazis gleichen denen von Hitler aufs Haar, wie ein Vergleich mit der Karte der NSDAP unten auf dieser Tafel zeigt.



Drei Deutsche Staaten
abgetrennte Gebiete - vertriebene Menschen
und dennoch:
Wir sind ein Volk

Leserbrief



Ein Herz für Kinder?

Am 25.3.1988 fand vor der Reinoldikirche in Dortmund von 16.00 bis 18.00 Uhr eine vom "Iran-Solidaritätskomitee e.V. in der BRD" veranstaltete Mahnwache statt, die sich gegen das blutige Folterregime Khomeinis und den grausamen Krieg zwischen Iran und Irak richtete.

Schulter an Schulter standen in brüderlicher Solidarität iranische, chilenische, spanische, griechische, türkische, kurdische und deutsche Demokraten, Antifaschisten und Kriegsgegner mit ihren Protest-Umhängeschildern und riefen die Dortmunder Bürger dazu auf, ihre Unterschrift zu geben gegen die grausame Diktatur im Iran und den mörderischen Golfkrieg, dessen wehrlose und unschuldige Opfer vor allem die KINDER auf beiden Seiten sind. Die gesammelten Unterschriften werden an die UNO-Menschenrechtskommission weiter geleitet.

Diese Aktion war sicher nicht erfolglos, sie erregte Aufmerksamkeit und es gab auch eine bestimmte Anzahl Unterschriften. Trotzdem muß kritisch angemerkt werden:

Viele, zu viele liefen achtlos vorbei und zeigten kein Interesse. Es ist eben eine Sache, auf seinem Auto den gefühlsbetonten Aufkleber "Ein Herz für Kinder" zu führen und offenbar eine ganz andere Sache, dieses Herz auch durch die eigene Unterschrift gegen den Krieg, für Frieden und Menschlichkeit zu zeigen!

Wer seine eigenen Kinder wirklich liebt, der muß im Grunde alle Kinder dieser Welt ohne Ausnahme lieben, wenn er glaubwürdig sein will! Es wäre sehr zu wünschen, daß meine Zeilen einige Bürgerinnen und Bürger zum Nachdenken anregen würden. "Ein Herz für Kinder?" Beweist es!

Otto Höke, Sprecher der "VVN/BdA in der "Antifaschistischen Initiative" Dortmund-Dorstfeld als Teilnehmer der Mahnwache.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor Presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und v.i.S.d.P.:
Norbert Göltzer

Redaktionsanschrift:
AntifaZ, Altstadt Schmiede
Kellerstr.10, Recklinghausen

Druck: druckwerk
Wellinghofer Str.103
4600 Dortmund 30

Verantwortlich für Anzeigen:
Petra Ottkowski
Herner Str. 8, RE

Auflagenhöhe: 500

Bankverbindung:
Stadtparkasse Recklinghausen
Bankleitzahl: 426 500 30
Kontonummer: 1000 282 99

Kontaktadresse:
Norbert Göltzer
Michaelstr.14
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/35831

Mitgewirkt haben:
Norbert, Rolf, Falko,
Ingrid, Petra, Cenan,
Chris, Wolfgang T., Anke,
Wolfgang E., Eckardt.

AntifaZ-Redaktionssitzung:
-jeden Mittwoch 17.00 Uhr
in der Altstadt Schmiede RE

Blick nach

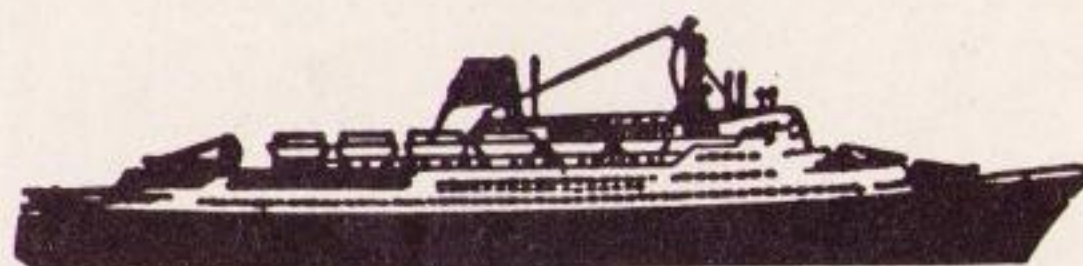
Hannover, 16.5.1988

250 Teilnehmer beteiligten sich an Standbesetzungsaktionen gegen Südafrika auf der Hannover-Messe. Auf der Kundgebung am 1. Mai sprach ein Vertreter des Gewerkschaftsverbandes aus Namibia. Er sowie Vertreter der SWAPO forderten dazu auf, die Solidarität mit dem südafrikanischen schwarzen Widerstand zu verstärken, die Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung des Rassistenregimes anzugreifen sowie für einen umfassenden Boykott einzutreten.

Lübeck, 30.4.1988

Die NPD hatte für den 30. April und 1. Mai zu einem Deutschlandtreffen nach Schleswig-Holstein aufgerufen. AntifaschistInnen hatten in Kenntnis dieser Angelegenheit zu Gegenaktionen aufgerufen. Zentrale Aktion der NPD sollte auf dem Lübecker Kohlmarkt stattfinden. Dem Aufruf zur Verhinderung dieser Kundgebung folgten ca. 700 Personen nach Lübeck.

Es wurde eine Demonstration durchgeführt zum Kohlmarkt, wo die AntifaschistInnen dann verblieben. Die NPD wollte ihre Aktion um 17.00 Uhr durchführen. Bis 18.30 erschienen die Nazis nicht. Lediglich einige Skin-Schläger versuchten, die Versammlung zu provozieren. Die NPD hatte sich nach Travemünde verzogen, um dort ihre Versammlung abzuhalten.



draußen . . .



Bielefeld, 19.5.1988

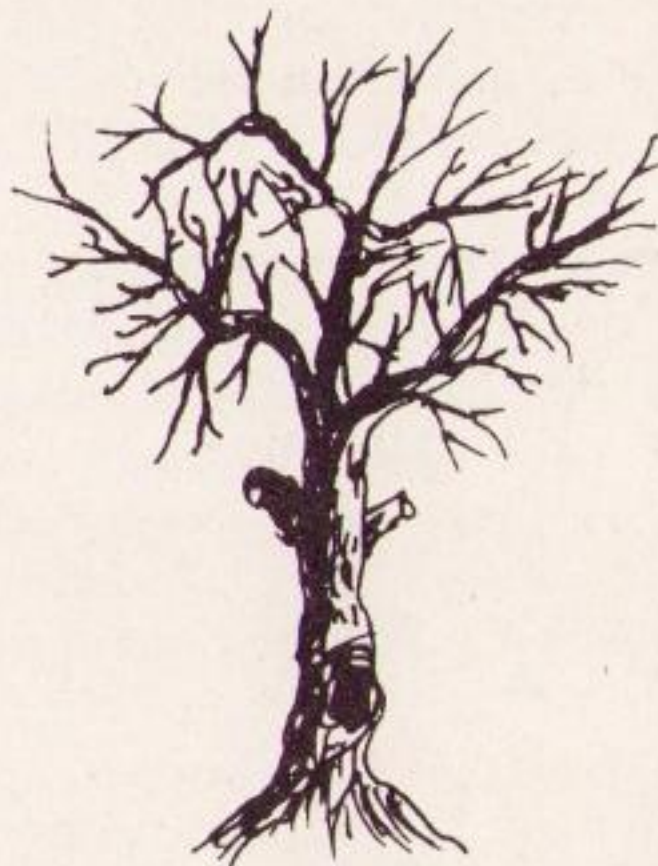
400 Leute beteiligten sich an einer Demonstration gegen das geplante Beratungsgesetz. Aufgerufen hatte die Bielefelder § 218-Gruppe, zusammen mit anderen Organisationen (Autonomes Frauenhaus). Die sozialdemokratische Frauenarbeitsgruppe beteiligte sich nicht. Das CDU-Büro in der Innenstadt war von starken Polizeikräften geschützt. Eine Rednerin der § 218-Gruppe erklärte u.a.: "Nach Inkrafttreten des Beratungsgesetzes können dann die diversen Lebensschützervereine ihrerseits Beratungsstellen eröffnen, um am weiblichen Unrechtsbewußtsein zu wirken". (Bielefelder Stadtblatt Nr. 21)

Duisburg, 1.5.1988

Rund 2000 Linke, AntifaschistInnen und Demokraten aus dem gesamten Ruhrgebiet beteiligten sich an einer von der offiziellen DGB-Maikundgebung unabhängigen Demonstration in Duisburg-Rheinhausen.

Beteiligt waren Autonome, MLPD, VSP, Anarchisten, "Gegen die Strömung", PKK, sowie zahlreiche türkische revolutionäre Organisationen.

Die Demonstration führte durch Rheinhausen zum Tor 1 des Stahlwerkes. Viele Teilnehmer zeigten sich überrascht von der an diesem Tag hergestellten Einheit. Im Anschluß an die Demonstration veranstalteten türkische und kurdische Organisationen ein Kulturprogramm. Zustandekommen war die Demonstration wegen der Ankündigung der FAP, unter Führung M.Kühnens am 1. Mai in Rheinhausen eine faschistische Gegengewerkschaft zu gründen (Siehe auch Artikel in dieser Ausgabe der AntiFaZ). Die Stahlarbeiter organisierten einen Selbstschutz, u.a. vom Motorradclub "Kuhle Wampe", der einen Patrouillendienst durch die Stadt aufzog. Die Nazis ließen sich nicht blicken, dafür aber viel Polizei.



Nürnberg

Ca. 3 000 Kurden aus dem süddeutschen Raum nahmen am Neujahrs (Newroz)-Fest der Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e.V. (KOMKAR) am 2. April in der Nürnberger Meistersingerhalle teil. Die Besucher mußten massive Polizeikontrollen über sich ergehen lassen. Bereits kurz vorher konnte das Newroz-Fest der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der BRD (FEYKA-KURDISTAN) nur infolge einer einstweiligen Verfügung gegen das Verbot der Stadt Fürth stattfinden. Auch hier mußte sich jeder Teilnehmer von Anti-Terror-Einheiten der Polizei auf Waffen untersuchen lassen. KOMKAR griff die Unterdrückungspolitik des Iran, des Irak und Syriens, in erster Linie aber des türkischen Regimes gegenüber den Kurden an. Die Rolle der BRD und der NATO wurden ebenfalls benannt.

Einen besonderen Schwerpunkt der Veranstaltung bildete die Anklage gegen den Giftgasangriff des irakischen Regimes auf die Kurden in Irakisch-Kurdistan. Verschiedene Vertreter von KOMKAR wiesen darauf hin, daß die entsprechenden Anlagen zur Produktion von Giftgas von westdeutschen Firmen an den Irak geliefert worden waren.

München 16.5.1988

Mehr als 30 Neo-Nazis der FAP hatten sich am Samstag, den 14.5. im 'Alten Wirt' in Siegersbrunn (Kreis München) eingefunden, um einen Landesverband der Partei zu gründen. 'Gastredner' sollte der im März aus der Haft entlassene Michael Kühnen sein. Doch daraus wurde nichts: Die Polizei verhaftete Kühnen noch vor Betreten des Lokals und hielt ihn für die Dauer der Veranstaltung in "Unterbringungsgewahrsam". Gegen 18.00 Uhr zogen die Neo-Nazis vor das Münchener Polizeipräsidium, wo die 32 Teilnehmer - fünfzehn davon aus Österreich - "Kühnen frei, Ausländer raus!" forderten. Nach Auflösung der verbotenen Demonstration zogen sie sich in ein Bierzelt zurück, wo sie nach 'Kampfliedern' und 'Sieg-Heil'-Rufen von der Polizei mitgenommen wurden. Den Münchener AntifaschistInnen war der Termin nicht bekannt gewesen.





Paderborn, 2.5. 1988

Am 26.3. wurde in der Gaststätte "Ottens-Hof" (ehemaliges Dorfgemeinschaftshaus der SS) in Wewelsburg unter Mitwirkung von M.Kühnen ein Kreisverband Westfalen-Lippe der FAP gegründet. Die Kreisdelegiertenkonferenz Paderborn/Höxter des DGB forderte am 8.4. auf Initiative von Delegierten der IG Metall das Verbot der FAP. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Antrag:

Der DGB-Landesbezirk NRW bleibt weiterhin aufgefordert, über den DGB-Bundesvorstand die im Bundestag vertretenen Parteien aufzufordern, sich für ein Verbot der rechtsradikalen Partei FAP (Freiheitliche-Deutsche-Arbeiterpartei) einzusetzen. Darüberhinaus wird der DGB-Kreisvorsitzende aufgefordert, sich an die Räte der Städte und Gemeinden sowie an die Kreistage Paderborn und Höxter zu wenden mit dem Ziel, daß Veranstaltungen der

FAP oder anderer rechtsradikaler Gruppierungen in öffentlichen Räumen nicht zugelassen werden....Für außerordentlich befremdlich erachten wir die Fernsehberichterstattung WDR 3 Regional des Folgetages. In einem mehrminütigen Beitrag wurde umfassend über die Veranstaltung berichtet. Daß solchen rechtsradikalen Veranstaltungen eine solche Beachtung und Verbreitung über das Medium Fernsehen gewährt wird, stimmt mehr als bedenklich. Mit großer Besorgnis stellen wir im übrigen fest, daß sich die Aktivitäten neofaschistischer Gruppen verstärkt auf den ost-westfälischen Raum konzentrieren. So wurde in Bielefeld ein Haus von Faschisten gekauft und als sogenannte Schaltzentrale ausgebaut. Aus Bielefeld, Heford, Lippe und anderen Orten wird über zunehmende Aktivitäten Rechtsradikaler berichtet, wobei es auch zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt. Wehret den Anfängen. Stoppt die neofaschistischen und rechtsradikalen Aktivitäten!"

Karlsruhe, 14.5.1988

Erst auf Intervention des Caritas-Verbandes Sinsheim bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg ist es nach drei Wochen gelungen zu erzwingen, daß gegen einen Skinhead ermittelt wird, der auf chilenische Kinder geschossen hat. Der namentlich bekannte 18-Jährige hatte am 15.4. durch Schüsse mit einem Luftdruckgewehr zwei Kinder chilenischer Flüchtlinge verletzt. Der Täter betonte bei der Festnahme, daß er Ausländer hasse. Die Polizei sah darin aber kein Zeichen von Ausländerfeindlichkeit, erklärte vielmehr, der Jugendliche sei ein Psychopath, der Deutsche auch nicht anders behandle. Er wurde sofort freigelassen. Eine Vernehmung der Chilenen wurde abgelehnt, da sie kein Deutsch könnten. In der Zwischenzeit wurde dieselbe Familie erneut von dem Täter bedroht, der erklärte, er werde wieder auf sie schießen. Trotz Mitteilung dieser Drohung durch den Caritas-Verband Sinsheim lehnte die Sinsheimer Polizei Ermittlungen ab. Ihre Aufgabe sei es ausschließlich, eine Anzeige aufzunehmen.



Celle

Am 28. und 29. April fand in Celle unter dem Vorsitz von Innenminister Zimmermann eine Innenministerkonferenz der Länder statt. Die Konferenz hat sich mit dem "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung asylverfahrensrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften" befaßt.

Bundeskanzler Kohl hatte am 25. September 1986 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die "Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen zur weiteren Beschleunigung der Asylverfahren, zur Effizienzsteigerung bei Abschiebungsmaßnahmen...erarbeiten" sollte.

Die Vorschläge lagen nun auf dem Tisch:

- Das 1982 probeweise eingeführte "beschleunigte Verfahren bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen", das sonst zum 31.12. 1988 ausgelaufen wäre, soll zum "Dauerrecht" erhoben werden.
- Die einzelnen Bundesländer erhalten die Möglichkeit, "die Zuständigkeit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei einer Behörde zu konzentrieren".
- Wird einem Asylbewerber beim Verwaltungsgericht die Prozeßkostenhilfe verwehrt, so soll er/sie dagegen keine Beschwerde einlegen können.

Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen

Die nächste landesweite Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen wird am 17. September 1988 in **Essen** durchgeführt.

Als Ziele der Konferenz wurden auf den Vorbereitungstreffen genannt:

1. Es sollen insbesondere im Ruhrgebiet neue Kreise und Kräfte angesprochen werden, vor allem diejenigen, die gerade beginnen, antifaschistisch zu arbeiten.

2. Es soll eine breite Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte hergestellt werden.

3. Die Konferenz soll einen vorbereitenden Charakter für eine große Konferenz im Winter 1988/89 erhalten, auf der Fragen der antifaschistischen Strategie im Vordergrund stehen.

Für die am 17.9. in Essen stattfindende Konferenz werden drei Formen von Arbeitsgruppen angeboten:

A) Arbeitsgruppen, die auf neue Kreise und Kräfte ausgerichtet sind.

B) Arbeitsgruppen, die spezielle Themen behandeln.

C) Arbeitsgruppen, bei denen historische Fragen im Mittelpunkt stehen.

Folgende Arbeitsgruppen werden angeboten:

A) - Faschismus/Neofaschismus - Was ist das?

- Neofaschismus in NRW - Initiativen berichten

- Neofaschismus in der Schule, im Jugendzentrum (Was können Lehrer, Sozialarbeiter, Schüler, Freunde tun?)

- Arbeitslosigkeit als Nährboden/Ausländerfeindlichkeit der Neofaschisten (soll eventu-

ell in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt werden)

- Neofaschismus und Jugendszene (Sind alle Glatzen Nazis?/Insider berichten/Rollen-spiel zu neofaschistischen Argumenten/Aktionsvorschläge)

B) -Die Hauptkräfte der Neofaschisten (NPD,DVU,REP CPL,Zentrum....)

- Neofaschisten und Ökologiebewegung (NR's,WSL,-ÖDP..)

- Antifaschistische Strategie und Bündnispolitik/Verbotsforderung/ **Aktionsvorschläge**/Nationalismus/40 Jahre

BRD (Die letzten beiden Themen auch als eigene Arbeitsgruppe)

C) -Zwangsarbeit/Krupp/-Reichsprogromnacht/Arisierung.

Kommentar:

So erfreulich der Wunsch nach Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung in NRW ist, so muß doch die letzte Entwicklung des landesweiten Bündnisses kritisch beurteilt werden. Zum ersten ist erneut die eigenmächtige Politik der VVN/BdA zu kritisieren, die durchsetzte, daß der ursprünglich für Ende Mai angesetzte Termin der landesweiten Konferenz auf den September verschoben wurde.

Hier ist erneut **prinzipiell** die Frage zu stellen, ob die Vorbereitungstreffen (mit in der Regel nicht mehr als 30 Teilnehmern) berechtigt sind, die **Beschlüsse** der landesweiten Konferenz (mit jeweils mehreren Hundert Teilnehmern) einfach außer Kraft zu setzen.

Da die VVN/BdA nach wie vor sich als die entscheidende Kraft dieses Bündnisses sieht, glaubt sie immer wieder, allen

anderen ihre Beschlüsse aufzwingen zu können (wie zuletzt geschehen mit der Demonstration am 30. Januar in Düsseldorf).

Zum zweiten ist die politische Ausrichtung der Konferenz zu kritisieren. Auch hier wieder maßgeblich durch die VVN vorangetrieben, wird ein Konzept der antifaschistischen Arbeit, das den Schwerpunkt vom politischen Kampf auf die antifaschistische "Erziehungsarbeit" verlegt.

So tauchen auch in den Themen die realen Auseinandersetzungen mit den Neofaschisten nur am Rande auf. Sowohl der Landesparteitag der NPD in Moers, als auch der Aufmarsch der FAP am 1.Mai und deren Gründung einer "FBO" in Bottrop-Kirchhellen werden kaum zur Kenntnis genommen.

Zur Zeit ist die landesweite Konferenz kein **Aktions-Bündnis** gegen die Neofaschisten (Daran ändert auch nichts, daß Hartmut Meyer als selbsternannter Chef der landesweiten Konferenz auf der Demonstration am 21.5. in Moers eine Rede im Namen des landesweiten Bündnisses hält).

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zu begrüßen sind alle Versuche, "erzieherisch" auf "gefährdete" Jugendliche einzuwirken, solange sie zum Ziel haben, diese zum Kampf gegen die Neofaschisten zu mobilisieren. Wenn dieses "Erziehungs"-Instrument aber bewußt eingesetzt wird, damit keine praktischen und Aufklärungsaktionen gegen Neonazis auf der Straße mehr durchgeführt werden, dann ist ein solches Konzept zu verwerfen!

1. Mai in Duisburg Rheinhausen - Faschistischer Aufmarsch verhindert.

Schon Wochen vor dem 1. Mai war in antifaschistischen Kreisen bekannt: Die faschistische FAP, die sich selbst als die Nachfolgeorganisation der NSDAP sieht, hat für den 1. Mai eine Kundgebung in Duisburg-Rheinhausen angemeldet.

Fast zeitgleich zum 55. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften und deren Ersetzung durch die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) wollte die FAP am 1. Mai eine 'Freie Betriebszellenorganisation' (FBO) gründen. Als Hauptredner war Michael Kühnen, der "Führer der Bewegung", eingeladen. Für 16.00 Uhr hatte die FAP eine Demonstration am Tor 1 der Krupphütte angemeldet. Das wurde verständlicherweise von den Krupparbeitern als ungeheure Provokation aufgefaßt. Es gründete sich in Rheinhausen eine "Initiative 1. Mai", die zu einer Gegendemonstration in Rheinhausen mobilisierte, während der DGB weiterhin zu einer Kundgebung am Vormittag in DU-Hamborn aufrief. Obwohl die Polizei den Faschistenaufmarsch verbot, versammelten sich schon am Vorabend viele AntifaschistInnen in Rheinhausen. Der Motorradclub "Kuhle Wampe" organisierte die ganze Nacht Motorradstreifen. Man ging davon aus, daß die Faschisten trotzdem erscheinen. Die Polizei riegelte mit 2 000 Einsatzkräften das gesamte Stadtgebiet ab.

Am 1. Mai beteiligten sich ca. 3 000 Menschen an der antifaschistischen Demonstration und Kundgebung in Rheinhausen. Arbeiter von Krupp, Betriebsräte und Vertrauensleute, verschiedene Organisationen waren beteiligt. Um 16.00 versammelten sich mehrere Tausend Leute vor Tor 1. Inzwischen hatte auch der DGB-Kreis Duisburg zu dieser Aktion aufgerufen. Die Aktio-

nen hatten den Erfolg, daß sich die Faschisten in Rheinhausen nicht blicken ließen.

Sie versammelten sich aber um 10.00 zunächst auf der Autobahnraststätte Bottrop. Dort wurden sie bereits von AntifaschistInnen erwartet. Polizei und Presse waren ebenfalls anwesend. Kühnen verkündete der Presse, daß er von "Kameraden der FAP" zu einem Vortrag über die Lage der Stahlarbeiter geladen worden sei. Seiner Meinung nach sei die Krise der Stahlindustrie nur zu lösen über die "Rückführung der ausländischen Arbeitskräfte" und die "Verstaatlichung der Stahlindustrie". Sich selbst bezeichnete er offen als Nationalsozialist, er wolle eine Plattform für das nationale Lager schaffen.

Ein größerer Teil der Faschisten war währenddessen unter Polizeischutz nach Düsseldorf gefahren, wo sie sich auf dem Reeser Platz zusammenrotten. Hier befindet sich das Kriegerdenkmal für das "Infanterieregiment 39". Schon seit langem fordern AntifaschistInnen die Beseitigung dieses kriegsverherrlichenden Denkmals, das immer wieder als Kultstätte für Aufmärsche von Faschisten benutzt wird. Ca. 200 AntifaschistInnen, die von Rheinhausen nach Düsseldorf gefahren waren, trafen die Nazis nicht mehr an.

Die Polizei hat in keiner Weise dazu beigetragen, die FaschistInnenaufmärsche zu verhindern, im Gegenteil: 23 AntifaschistInnen wurden vorläufig festgenommen.



Im Anschluß daran fuhren die Faschisten zu einer Gaststätte in Bottrop-Kirchhellen. Die Polizei hinderte Antifaschisten an der Verfolgung. In Kirchhellen gründete die FAP die FBO. Zu ihrem Leiter wurde der Unternehmer Ries aus dem hessischen Langen bestimmt. Vor der Gaststätte demonstrierten AntifaschistInnen von der VVN und DKP, wobei es im Verlauf zu einer kurzen Schlägerei mit den Faschisten kam.

Einmal mehr wurde deutlich, wie wichtig es ist, das Verbot und die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen durchzusetzen.

ANTIFAZ

6 - Hefte Abo 18 DM
Förderabo ab 25 DM

Folterungen und Hinrichtungen in den Gefängnissen in Kurdistan

Am 5. Februar 1988 wurden insgesamt zwanzig politische Gefangene und führende Mitglieder der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) durch das türkische Armeegericht des 7. Armeekorps in Diyarbakır zum Tode verurteilt. In dem Prozeß, in dem 146 politische Gefangene angeklagt waren, wurden fünfzehn weitere zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Seit dem 10. Februar haben die politischen Gefangenen in der 35. und 36. Abteilung des Militärgefängnisses in Diyarbakır einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Inzwischen beträgt die Zahl der Hungerstreikenden allein in Diyarbakır über 2 000.

Sie fordern die Beendigung der Folterungen, die Aufhebung der Unterdrückung der Angehörigen und der politischen Gefangenen während der Besuchszeiten, die sofortige Beendigung des Verbotes der kurdischen Sprache bei den Besuchen.

Eine andere Forderung ist die Schaffung von menschenwürdigen Lebensvoraussetzungen in den Gefängnissen.

Inzwischen hat sich der Kampf der politischen Gefangenen so sehr ausgeweitet, daß die türkische Regierung die Zulassung der kurdischen Sprache bei den Besuchen akzeptieren mußte!

Der Widerstand weitete sich auch auf das Gefängnis von Eskişehir aus, wo er die Form eines Aufstandes annahm, bei dem über zwanzig Gefangene verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Als Gegenmaßnahme hat die Gefängnisverwaltung 97 Gefangene in Isolierzellen gesteckt, woraufhin sie einen unbefristeten Hungerstreik begannen. Auch hier haben sich die Angehörigen mit dem Widerstand solidarisiert und vor den Gefängnistoren einen Hungerstreik begonnen.

Auch die politischen Gefangenen in Mersin befinden sich im

Hungerstreik. In Sıgırcılar (Istanbul) haben es die Gefangenen abgelehnt, bei der Verhandlung zu erscheinen, um auf diese Weise gegen die Todesstrafen zu protestieren.

Der türkische Staat versucht gegenwärtig, seinen Terror gegen das kurdische Volk zu verstärken. So wurden bei Aktionen in Dersin, Siirt und Antep zahlreiche Kurden festgenommen.

Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 sind zehntausende von Kurden verhaftet worden. Sowohl innerhalb wie außerhalb der Gefängnisse werden die internationalen Abkommen über Menschenrechte mit Füßen getreten.

Der kurdische Rechtsanwalt Hüseyin Yıldırım, der tausende von politischen Gefangenen verteidigte und selbst für lange Zeit im Militärgefängnis von Diyarbakır verhaftet und Folterungen ausgesetzt war, beschreibt den Zustand der Gefangenen, die am 12. April 1981 in den Massenprozeß gegen PKK-Diyarbakır, bei dem insgesamt 560 Personen angeklagt waren, gebracht wurden:

"Im Saal begegnen wir einem schrecklichen und im Namen der Justiz und der Menschlichkeit schandhaften Bild. War dies ein Kriegsbild? In diesem Saal sollten dem Anschein nach Menschen angeklagt werden, aus diesem Anlaß seien die





Politische Gefangene in den Militärgefängnissen von Diyarbakir (links) und Adana (rechts)

Menschen hierhergebracht worden. Über die Hälfte der politischen Gefangenen, die man im Verhandlungssaal hinter die Eisengitter gesteckt hatte, waren auf den Reihen zusammengebrochen und lagen da. Man konnte die Atemzüge derjenigen, die noch sitzen konnten, hören. Durch die barbarischen Folterungen hatten manche gebrochene Arme, gebrochene Beine, das Gesicht voller Wunden und geschwollen.; sie waren alle ein Haufen von Knochen. Über ihnen standen die wie Höllenwärter aussehenden Folterer mit dem Knüttel in der Hand."

In seinem Werk "Der Wiedererwachungskampf des kurdischen Volkes" erzählt H.Yıldırım, was der Folterer, Kommandant Ali Tepe, den er während seiner Verhaftung und Folterungen kennenlernte, sagt: "Ali Tepe, der in Mardin als Folterer beauftragt ist, erzählt davon, wie sie in nur 37 Tagen bei den praktizierten Folterungen insgesamt 50 Menschen getötet haben. Einige von ihnen hätten sie bewußt durch tödliche Schläge, andere aber ungewollt und durch unangemessene Folterung getötet. Er erzählt weiter, daß er nicht wüßte, wo diese begraben worden

seien, weil andere diese Aufgabe erfüllten."

Es gibt sehr viele Aussagen und Zeugen, die derartige Aussagen über Folterer bestätigen. Die kurdischen Solidaritätskomitees in Europa rufen angesichts dieser Verbrechen gegen die Menschheit auf:

"Wir rufen alle demokratischen und fortschrittlichen und die Menschenrechte verteidigenden Organisationen und Institutionen dazu auf, gegenüber dieser Situation in den Gefängnissen nicht schweigsam zu bleiben und sich mit dem Widerstand der politischen Gefangenen in den Gefängnissen zu solidarisieren!"

* * * * *

Treffen der Flüchtlings- und Einwandererinitiativen

Vom 4. bis zum 6. März 1988 fand in Bochum das 6. bundesweite Treffen der Flüchtlings- und Einwandererinitiativen statt.

Zur Einleitung hielt C. Mulard, Direktor des Ethnographischen Instituts der Universität Amsterdam, ein Referat zum Thema "Rassismus in Europa".

Schwerpunkt des Treffens bildeten die Themen:

1. Frauen und Flucht 2. Wirtschaftliche Ausbeutung (IWF-/Weltbank) und weltweite Flüchtlingsbewegung 3. Anti-Rassismus 4. Ausländergesetz/Asylverfahrensgesetz 5. Abschiebungen verhindern 6. Lebensbedingungen der Flüchtlinge (Ghetto, gekürzte Sozialhilfe, etc.) 7. Wahlrecht für Einwanderer und Flüchtlinge
Mit einer Ergänzung unterstützte das Treffen die "Stockholmer Erklärung zum Anti-

-Rassismus".

200 Teilnehmer verabschiedeten folgende Resolutionen:

1. Gegen die Verhaftung von I.Strobl, U.Pensellin, u.a..
2. Aufforderung an die Bundesregierung, Rüstungsexporte nach Iran und Irak zu verbieten
3. Gegen die Verschärfung von Abschiebungsmaßnahmen gegenüber Yeziden
4. Gegen die Verfolgung von FEYKA-Kurdistan:

Dokumentiert:

Resolution gegen die Verfolgung von FEYKA-Kurdistan

"Der § 129a erweist sich in letzter Zeit wieder vermehrt als Allzweckinstrument, um radikale linke Positionen zu verfolgen: Seit Sommer 1987 findet eine Illegalisierung der kurdischen Organisation FEYKA-Kurdistan mit Berufung auf den § 129a statt:

Juni/August 1987

Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Geldern, Büchern, Adresslisten, usw. Bei 39 Vereinen/Wohnungen von Sympathisanten und Mitgliedern, Begründung 129a.

15.2.1988

Verbot, durchgesetzt mit massivem Polizeieinsatz, einer Aktionseinheitsveranstaltung der Solidarität mit FEYKA-Kurdistan in München, Begründung § 90 a

Als Begründung dieser Verfolgungsmaßnahmen gegen FEYKA-Kurdistan bildet das BKA die abstruse Konstruktion, daß sich innerhalb dieser legalen Organisation ein terroristischer Kern unter den Vorstandsmitgliedern gebildet hätte.

Für ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD gibt es auf der Grundlage des Ausländergesetzes/der Asylgesetzgebung kein Recht auf freie politische Betätigung.

Eine neue Qualität dieser Unterdrückung ist die Anwendung des § 129a auf Organisationen von ImmigrantInnen wie jetzt FEYKA-Kurdistan.

Wir fordern:

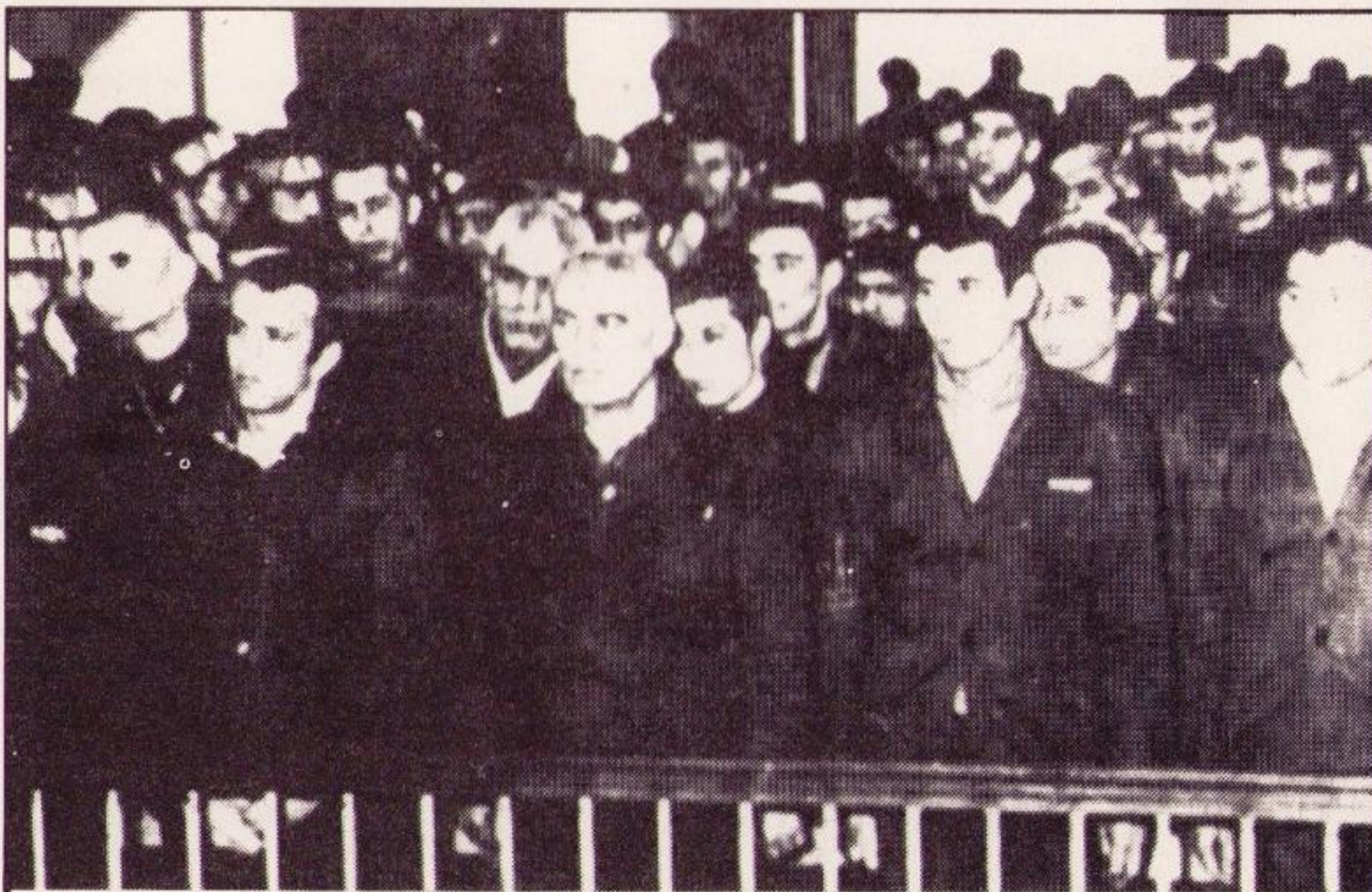
Freiheit für alle inhaftierten Mitglieder von FEYKA-Kurdistan

Einstellung aller Ermittlungsverfahren

Schluß mit der Verfolgung von FEYKA-Kurdistan

Weg mit dem § 129a

(Angenommen mit einigen Gegenstimmen)



Die am 5.2.1988 in Diyarbakir zum Tode verurteilten kurdischen politischen Gefangenen:

Ali Kilic, Bedrettin Kavak, Fevzi Yetkin, Cuma Kuyuhan, M. Izzet Baykal, Riza Altun, M. Sükrü Gülmüş, Mustafa Karasu, Abuzer Dehset, Irfan Güler, Süleyman Günyeli, Ramazan Ödemis, Salih Agac, Zülfikar Tak, Ali Yaverkaya, Abbas Yokus, M. Fahri Ciftkus, Yilmaz Uzun, Celal Baymis, M. Emin Keskin

Kurzschulung: Was ist doitsch?



DOITSCHER ANSTECKER

UNDOITSCHER ANSTECKER



DOITSCHER SCHNURRBART

UNDOITSCHER SCHNURRBART



DOITSCHER BAUM

UNDOITSCHER BAUM



DOITSCHER KUNST



UNDOITSCHER KUNST

Gelungene Störaktion?

Am 7. Mai fand in der Wanne-Eickeler Innenstadt eine Kundgebung der NPD statt.

Mit einer wirkungsvollen Megaphonanlage ausgerüstet, versuchte der von einigen Handlangern begleitete Redner in einer ca. einstündigen Rede die üblichen Phrasen zu Deutschtum, Ausländerrückführung, etc. in die Öffentlichkeit zu tragen.

Durch einen Aufruf der örtlichen DKP und der VVN/BdA informiert, gruppierten sich um den Redner etwa 50 Gegendemonstranten, die, mit Trillerpfeifen ausgestattet, die Kundgebung über weite Strecken lautstark übertönten und auf diese Weise - eigenen Einschätzungen zufolge - zu einer gelungenen Störaktion beitrugen.

Vertreter der VVN/BdA verteilten währenddessen Flugblätter und diskutierten mit Passanten.

Die als Ordner "zum Schutz der neofaschistischen Gruppe" (O-Ton DKP) anwesenden Polizisten mischten sich zum Teil unter die Menge und verhielten sich während der Kundgebung eher passiv.

Zu Handgreiflichkeiten kam es nicht, wenn man einmal von der "per Handschlag" erfolgten Verabschiedung des NPD-Redners durch den "verantwortlichen Polizei-Hauptkommissar" (O-Ton DKP) absieht.

Den Abschluß der "Veranstaltung" bildete eine eher schlecht vorbereitete und akustisch kaum verstehbare Gegendkundgebung von seiten der DKP.

Einmal mehr erfüllte die Polizei **über Gebühr** ihren Auftrag, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die offen demonstrierte

Höflichkeit gegenüber Faschisten gehört sicherlich nicht zu diesem Auftrag und gibt Anlaß, über die demokratische Gesinnung der öffentlichen Ordnungskräfte einmal gründlich nachzudenken.

Einmal mehr zeigten aber auch die Gegendemonstranten ein Verhalten, das die Passanten eher abschreckte und damit zu einer ungewollten Aufwertung der Kundgebung beitrug.

Gespräche mit Passanten ergaben denn auch: Viele verurteilten das "unsachliche antidemokratische" Pfeifkonzert der "Horde Störenfriede", weil sie den sich "redlich" und mit "legalen Mitteln" bemühenden Redner kaum verstanden und obendrein seinen Ausführungen insbesondere zur Ausländerückführung als Lösung des Arbeitslosenproblems durchaus zustimmten.

Zu fragen ist:

Macht es Sinn, öffentliche Auftritte faschistischer Organisationen mit derartigen Aktionen zu stören, wenn

- dadurch bei den Passanten Antipathien gegenüber den Gegendemonstranten geschürt

werden und damit die Gefahr der Solidarisierung mit dem Gegner zu wachsen droht;

- es eigentlich darum gehen müßte, Emotionen der Öffentlichkeit gegen die Faschisten zu wecken, um damit die Empfänglichkeit des Normalbürgers für rechtsextremes Gedankengut aufbrechen zu können;

- sich herausstellen sollte, daß die eigentliche Gefahr nicht von den Organisationen des anderen Lagers ausgeht, sondern von den latenten oder manifesten Alltagsfaschismen im Denken und Handeln des Normalbürgers?

Sollte man nicht stattdessen konstruktive Formen von Gegendemonstrationen entwickeln, die es erlauben,

- die Aufmerksamkeit der Bürger von der faschistischen Propaganda abzulenken (z.B. Intensivierung der Gespräche mit den Passanten)

- die emotionale Kluft zwischen Gegendemonstranten und Bürgern zu schließen (z.B. Antifaschistische Lieder statt Pfeifkonzert) und

- eine emotionale Kluft zwischen Faschisten und Bürgern aufzubauen (z.B. Info-Stände mit KZ-Bildmaterial)?

(Antifa AK Herne)



Faschistische Aktionen in Herne nehmen zu

Drohbrief gegen Schülersprecher der Gesamtschule in Wanne-Eickel

Volker Hartmann hatte schon "ein ziemlich mulmiges Gefühl", als er den nachstehend abgedruckten Brief in seinem Postkasten fand. Volker arbeitet seit Anfang des Jahres in einem Herner antifaschistischen Arbeitskreis mit, der sich unregelmäßig im Herner "Brockenhaus" trifft, Treffpunkt und Werkstatt von Herner Arbeitsloseninitiativen.

Seit dem Herbst vergangenen Jahres haben sich in Herne Provokationen, Schlägereien, Schmierereien in verschiedenen Schulen und Überfälle verstärkt. Neben Aktionen der traditionell regsamen NPD in Herne (Dazu mehr an anderer Stelle) häufen sich Überfälle von neofaschistischen Skinheads oder rechtsradikalen Kräften aus der Fan-Szene des Herner Eishockey-Vereins (HEV).

Insbesondere in der Umgebung des Eisstadions im Herner "Gysenberg" mehren sich die Nazi-Parolen an den Wänden.

Ende Oktober 1987 gab es besonders brutale Überfälle von Skinheadbanden im Rahmen eines Konzerts (Mitveranstalter Stadt Herne!) in den Herner "Flottmannhallen" - es spielte die Skinband "Daily Terror", und entsprechend dem Namen der Band verhielten sich auch ihre Fans.

Ähnlich terrorisiert wurden Teilnehmer einer Schulfete des Otto-Hahn-Gymnasiums, die in den Flottmannhallen durchgeführt wurde.

Das Jugendamt der Stadt Herne stellte daraufhin als ABM-Kraft einen Bochumer Sozialarbeiter ein, der nur für Maßnahmen zur Eindämmung des Neofaschismus da ist.

Nach diesen Vorfällen kamen anfangs über 20 Leute regel-

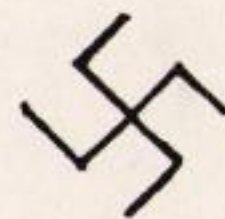
mäßig zu den Treffen des Antifa-AKs, inzwischen ist die Zahl der Mitarbeiter leider sehr geschrumpft.

Volker Hartmann will sich aber trotz (und gerade wegen) des Drohbriefes nicht einschüchtern lassen. Auf seine Initiative hin wird sich in Kürze an seiner Schule, der Gesamtschule in Wanne-Eickel, eine Schülergruppe bilden, die sich mit dem Neofaschismus auseinandersetzen will.

Auch der Arbeitskreis im "Brockenhaus" will seine Arbeit fortsetzen. Mögliche Aktivitäten, so meinen die Mit-

glieder, könnten ein Bildungswochenende oder ein deutsch-ausländisches Freundschaftsfest im Stadtteil sein. Auch wurde berichtet von dem Ziel, eine Grillfete für Punker und Skinheads anzubieten, um möglicherweise zwischen diesen Gruppen einen vermittelnden Einfluß auszuüben.

Allerdings: Die politische Aufklärung über Neofaschisten, ihre Organisationen und Aktivitäten, wird eher mit Skepsis betrachtet, (weil Informationen über die Nazis diesen eher Zulauf bringen könnten).



Im Namen
des
Deutschen Volkes
wird
Volker Hartmann
wegen
Landesverrats
zum Tode
durch erschießen
verurteilt.

Richter:

Freißler

c/o R. Öncan
Postfach 910843
D - 3000 Hannover 91
Tel.: 0511/2102007

SPENDENAUFTRUF

Am 9./10. und 11. September soll anlässlich des 8. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei ein „Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei“ stattfinden.

Das Tribunal klagt das Regime in der Türkei der systematischen Verletzung der Menschenrechte, der Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Unterdrückung linker und demokratischer Organisationen und unabhängiger Gewerkschaften, der Führung eines Vernichtungskrieges gegen die kurdische Nation an.

Das Tribunal soll die europäische demokratische Öffentlichkeit über die Lage in der Türkei aufklären und die Solidarität mit den Werktätigen in der Türkei und dem kurdischen Volk fördern.

Die Organisation und die Durchführung des Tribunals kostet viel Geld. Wir sind deshalb dringend auf Spenden angewiesen.

Unsere Kontonummer:

Stadtsparkasse Hannover, Sabine Hasselbring, Sonderkonto „Tribunal“,
Kontonummer: 15261 620, Bankleitzahl 25050180

Wir bitten insbesondere die Organisationen, Initiativen und Vereine, die das Tribunal unterstützen, diesen Spendenaufruf ihren Mitgliedern bekanntzumachen und ihn in ihren Publikationen zu verbreiten. Natürlich sind auch die Einzelpersonen, die das Tribunal unterstützen, zu Spenden aufgefordert.

Kurzschulung:
Was ist doitsch?



DOITSCHER STERN



UNDOITSCHER
STERN

ANZEIGE

Ich war ein Druckfehler.

ä.

druckwerk Satz- und Druckkollektiv

Gestaltung Fotosatz Druck Repros Illustrationen Reinzeichnungen
Wellinghofer Straße 103 4600 Dortmund-Hörde Tel.: (0231) 43 821

Zur Vorgeschichte: In der Stadt Oer-Erkenschwick hat in den vergangenen Wochen die sogenannte "Schmiergeldaffäre" bei der Fleischwarenfirma **'Barfuß'** immer größere Wellen geschlagen. Worum ging und geht es?

Einem Meister der Firma wurde und wird von verschiedenen türkischen KollegInnen der Vorwurf gemacht, daß er gegen Bestechungsgelder zwischen 400,- und 1000,- DM türkische Arbeiter eingestellt bzw. innerhalb des Betriebs auf bessere Arbeitsplätze versetzt hatte.

Nachdem das WDR-Fernsehen von diesen Vorfällen Kenntnis bekommen hatte, befragte es unter anderen den Kollegen Özcan zu den Vorgängen. Haydar sagte in der WDR-Fernsehsendung "plus" am 2.2.88 aus:

"Ich war einmal Zeuge bei einer Geldübergabe in der Firma Barfuß. Frau Hatice A. und ihr Ehemann mußten eine Arbeit nachweisen, damit sie in Deutschland bleiben konnten. Wir haben Herrn Ruthe 400,- DM gezahlt. Daraufhin konnte Frau A. anfangen zu arbeiten. Einmal hat der Meister Ruthe von uns geleistete Überstunden einfach nicht aufgeschrieben. Wir sind deshalb zum DGB gefahren, um uns zu beschweren. Als Barfuß die Antwort vom DGB erhielt, bin ich an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzt worden. Unter Zeugen habe ich 1000,- DM gezahlt, um an meinen alten Arbeitsplatz zurückzukommen."

Zur Person

Haydar ist 28 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern, wohnt in Marl.

Im Rahmen der Familienzusammenführung kam er als 14-Jähriger in die Bundesrepublik. 1980 trat er der Gewerkschaft 'Nahrung, Gaststätten und Genuß' bei.

1983 wurde er bei der Firma 'Barfuß' eingestellt und im Schlachthaus als Betriebswerker angelernt. Im April 1987 wurde Haydar von seinen Kollegen in den Betriebsrat gewählt.

Interview mit Haydar Özcan und einem Vertreter des Solidaritäts-Komitees gegen die Entlassung.

AntiFaZ: Haydar, Dir wurde am 16. Februar dieses Jahres von der Firma 'Barfuß' gekündigt. Schildere uns bitte, wie es zu dieser Kündigung kam und welche Gründe hierfür angegeben wurden.

Haydar: Im Zuge der Presseuntersuchung über die "Schmiergelder" bei 'Barfuß' wurde ich gefragt, ob es bei Barfuß Schmiergelder gegeben habe. Das habe ich bestätigt. 'Barfuß' meint, ich habe den Betriebsfrieden gestört und Schaden angerichtet.

AntiFaZ: Wir hörten, daß heute morgen vor dem Arbeitsgericht Herne eine Verhandlung stattfinden sollte. Worum ging es in dieser Verhandlung?

Haydar: Die Verhandlung wurde auf den 7. Juni, 9.45 Uhr verschoben, weil der Dolmetscher nicht anwesend war. In der Verhandlung geht es einmal um die Frage, inwieweit ich an die Öffentlichkeit getreten bin, oder inwieweit die Presse und das Fernsehen sich an mich gewandt haben. Fakt ist, daß sich Presse und Fernsehen an mich gewandt haben, sodaß eigentlich dieser Punkt nicht strittig sein dürfte. Der zweite Punkt, der strittig ist, sind die Behauptungen, die ich in Presse und Fernsehen öffentlich gemacht habe. Die Firma behauptet, daß diese Aussagen falsch sind. Fakt ist, daß sieben Zeugen von Schmiergeldzahlungen berichtet haben.

AntiFaZ: Wie haben die Kollegen auf Deine fristlose Entlassung reagiert?

Haydar: Viele Kollegen haben eine Solidaritätserklärung unterschrieben, bisher haben über 3000 Bürger ihre Unterschrift abgegeben.

Betriebsräte aus anderen Betrieben wie Metro, Hanse SB und Westfälisches Landeskrankenhaus haben ihre Solidarität erklärt. Solidaritätserklärungen kamen auch vom Chor Recklinghäuser Gewerkschafter, von der DKP und von den Grünen aus Oer-Erkenschwick und Recklinghausen.

Darüberhinaus von Sekretären der NGG, Beschäftigten zahlreicher Fleischwarenfabriken aus ganz NRW, auch in anderen Gewerkschaften werden noch Unterschriften gesammelt.

AntiFaZ:Ist denn der Betriebsrat der Meinung, daß der Vorwurf der angenommenen Schmiergelder nicht zutrifft?

Haydar:Meiner Meinung nach ist der Betriebsrat den Schmiergeldvorwürfen nicht in nötigem Umfang nachgegangen. Eine öffentliche Erklärung des Betriebsrates zu den Schmiergeldvorwürfen gibt es nicht.

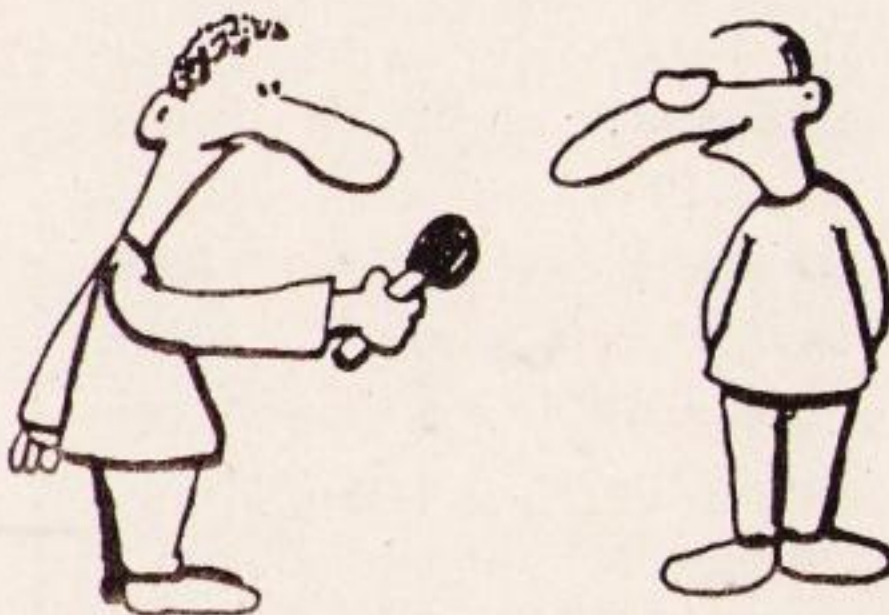
AntiFaZ:Einige Fragen an den Vertreter des Solidaritätskomitees für Haydar: Unserer Meinung nach müßte eine Firma bei Vorwürfen wie den genannten ein Interesse haben, diese Vorwürfe genau zu prüfen. Stattdessen entsteht der Eindruck, als ob derjenige die Schuld zugeschoben bekommen soll, der diese Mißstände aufdecken half. Ist dieser Eindruck richtig?

Solidaritätskomitee:Es ist der Eindruck entstanden, daß die Firmenleitung an der Aufklärung der Schmiergeldvorwürfe nicht interessiert ist. Es gibt Beispiele aus anderen Betrieben im Recklinghäuser Raum, wo sich in ähnlichen Fällen die Betriebsleitung an die Spitze der Aufklärung gestellt hat und allen, egal wie sie aussagen wollen, arbeitsrechtlichen Schutz zugesagt hat.

Im Falle Haydar Özcan wurde die Kündigung ausgesprochen. Die anderen, die beschuldigt wurden, arbeiten heute noch ohne Probleme. Barfuß selber hat im Fernsehen gesagt, daß ihm keine Schmiergeldpraktiken bekannt seien und es sie auch in seinem Betrieb nicht gebe. Falls sich aber vor Gericht die Vorwürfe bestätigten, würden die Beschuldigten arbeitsrechtlich belangt werden.

Nachdem es in dem Schmiergeldprozeß in Bochum zu einem Vergleich gekommen ist, wobei sieben Zeugen die Vorwürfe bestätigten, sind allerdings keine Maßnahmen gegen die beiden Beschäftigten ergriffen worden.

AntiFaZ:Ist es richtig, daß ein Teil des Vergleichs besagt, daß die Vorwürfe der Schmiergeldannahme weiterhin aufgestellt werden dürfen?



Solidaritätskomitee:Richtig ist, daß die Behauptungen nach wie vor im Raum stehen, daß es keine gerichtliche Klärung gegeben hat, ob die Vorwürfe berechtigt sind oder nicht. Tatsache ist, daß sieben Zeugen von Schmiergeldzahlungen bei „Barfuß“ berichtet haben. Die restlichen Zeugen, wovon ein großer Teil bei „Barfuß“ arbeitet und zum Teil befristete Arbeitsverträge hat, hat die Behauptungen nicht bestätigt.

AntiFaZ:Abschließende Frage: Welche weiteren Aktivitäten plant das Solidaritätskomitee und wie geht es weiter in der Solidaritätsbewegung mit Haydar?

Solidaritätskomitee:Unabhängig davon, wie das Urteil ausgeht, werden wir die Solidaritätsbewegung mit Haydar fortsetzen. Die Unterschriften zeugen von einer breiten Un-

terstützung durch die Bevölkerung. Wir gehen jetzt zu konkreten Aktivitäten über. Morgen führen wir in der Stadthalle von Oer-Erkenschwick ein deutsch-türkisches Kulturfest durch, des weiteren denken wir daran, je nachdem, wie sich die Lage zuspitzt, auch eine Demonstration durchzuführen. Es gibt auch Überlegungen, Solidaritätshungerstreiks durchzuführen. Wir werden insgesamt zu größeren Solidaritätsaktivitäten übergehen.

AntiFaZ:Vielen Dank für das Gespräch. Wir hoffen, daß wir mit dem Abdruck dieses Interviews einen kleinen Beitrag zur Solidarität leisten können. Wir rufen die AntiFaZ-Leser in den verschiedenen Städten auf, an ihren Orten Solidaritätserklärungen für Haydar Özcan zu verabschieden und an das Solidaritätskomitee zu schicken. Die Adresse lautet: B.Erdem, Stuckenbuschstr. 155, 4350 Recklinghausen.

Unser nächster Interview-Partner zum Thema "Rechts-extremismus in der evangelischen Kirche" wird sein:

Pfarrer Hartmut Dreyer aus Marl

Pinwand

TERMINE

11.6.88: 10.00 Uhr Straßentheater zum Prozeßbeginn gegen Kutlu/Sargin, Fußgängerzone, versch. Veranstalter
12.30 Uhr Zukunftswerkstatt im Deutsch-Türkischen
19.00 Uhr Grillabend im Deutsch-Türkischen Verein Recklinghausen

14.Juni: "Wider dem Vergessen..."
Herne BürgerInnen lesen aus den Werken verb(r)annter Autoren;
19.30 Uhr im kleinen Saal der vhs Herne

15.6.88 "Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland" steht in Recklinghausen, Altstadtmarkt
Thema: Volksentscheid

15.6.: 19.30 Uhr Dichterlesung mit Metin Gür, im Vereinshaus Recklinghausen

24.6.: 19.30 Uhr Dichterlesung mit Bahattin Gemici, Musik: Süleyman Ilik, Vereinshaus RE

16.Juni: Treffen des "Antifaforum Dortmund" im Fritz-Henßler-Haus, Dortmund

25.6.: geplanter Infostand zum Kommunalen Wahlrecht, RE

2.7.: 14.00 Uhr Sommerfest im Deutsch-Türkischen Verein RE

ADRESSEN

Jungsozialisten in der SPD
Stadtverband RE
Paulusstr. 45
02361/29329

Frauenzentrum
RE Am Lohtor 1
02361/15457

Autonomes Zentrum
"Krim" RE Münsterstr.2a
02361/15698

Türkischer Arbeiterverein
RE Marienstr.4
02361/62564

Deutsch-Türkischer Verein
RE Am Steintor 5
02361/17483

HOLZWURM
RE Münsterstr.2a
02361/15698

Demokratische Fraueninitiative (DFI)
c/o Waltraud Weber
RE Hillen 15
02361/47697

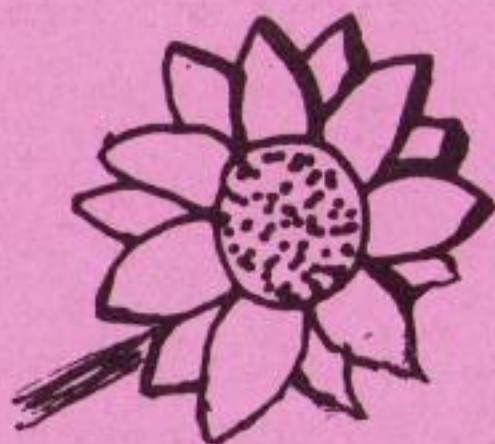
Die Grünen RE
Fraktion Rathaus, Z.117
02361/587462 (MO-FR 9-13 h)

Antifaschistischer Bund (AFB) RE
Altstadtschmiede, RE Kellerstr.10
02361/21212 (FR 18 h)
c/o W.Tschentscher
Michaelstr. 14, RE
Tel.: 02361/35831

17.-19.6.: Bundeskongreß der
Arbeitsloseninitiativen,
Düsseldorf

ANZEIGE

Sonnenblume



Springstr. 2
am Hauptbahnhof



Küetliche Milchprodukte

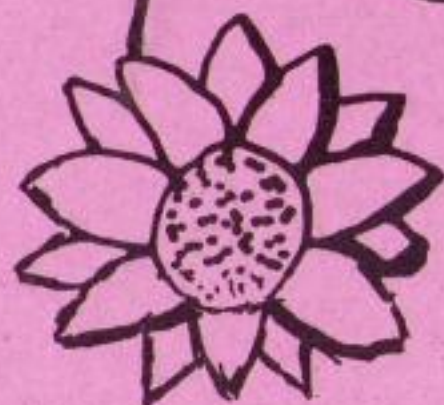
...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...



Montags bis Freitags: 9-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

Naturkost



ANZEIGE

Holzwaren

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Neuer Posten
für Marmulla

Im
Juni:

Loemühle:
Was liegt da in der Luft?